

VDP SACHSEN-ANHALT

TRANSPARENT JAHRESRÜCKBLICK 2023/24



Artikel 28 Schulen in freier Trägerschaft

- (1) 1Das Recht zur Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft wird gewährleistet. 2Schulen in freier Trägerschaft als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Landes und unterstehen den Gesetzen. 3Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Schulen in freier Trägerschaft in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. 4Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
- (2) 1Soweit diese Schulen Ersatz für öffentliche Schulen sind, haben sie Anspruch auf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen öffentlichen Zuschüsse. 2Das Nähere regelt ein Gesetz.

Auf dem
Parlamentarischen Abend
der VDP Sachsen-Anhalt mit
der FDP am 07.05.24 hielt
Prof. Dr. Winfried Kluth, ehemaliger
Richter am Landesverfassungsgericht
Sachsen-Anhalt, einen Impulsvortrag
unter der Überschrift: „Engagement
verlangt Rechtssicherheit: Kritische
Anmerkungen zum Umgang des
Landes Sachsen-Anhalt mit
Schulen in freier
Trägerschaft“.

VDP 
VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
SACHSEN-ANHALT e.V.
BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN
FREIER TRÄGERSCHAFT

Chancengleichheit durch Bildungsvielfalt

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

sicher wundert sich die bzw. der eine oder andere von Ihnen, dass Ihnen unsere aktuelle Broschüre **VDP Sachsen-Anhalt Transparent** erst jetzt zugesendet wird und nicht – wie sonst üblich – mit unserer Weihnachtspost. Der Grund hierfür ist einfach: Im September 2024 wurde der VDP Sachsen-Anhalt darüber informiert, dass in Kürze im Zuge der Haushaltsverhandlungen ein Gesetzesentwurf von der Landesregierung vorgelegt werden wird, der zum Teil drastische Kürzungen bei der Finanzhilfe für die allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft vorsehen werde. In höchste Alarmstimmung versetzt, mussten sich die Mitarbeiter und Vorstände des VDP Sachsen-Anhalt ab diesem Zeitpunkt so intensiv wie nie zuvor darum bemühen, dieses für viele freie Schulträger existenzbedrohende Szenario abzuwenden oder zumindest abzumildern. Ob bzw. in welcher Form uns dies mit vereinten Kräften gelungen ist: Darüber wird die nächste **Transparent-Ausgabe** (dann hoffentlich wieder pünktlich zum Weihnachtsfest) informieren.

Die vor Ihnen liegende Broschüre berichtet hingegen von den wichtigsten Aktivitäten des VDP Sachsen-Anhalt im Zeitraum 01.08.2023 bis 31.07.2024, also während des Schuljahrs 2023/24, auch wenn längst nicht alle unsere Bemühungen nur den freien Schulen galten.

Grundsätzlich kann der VDP Sachsen-Anhalt auf ein sehr intensives, dafür aber auch erfolgreiches vergangenes Schuljahr zurückblicken. Wir konnten einiges Positives für unsere Schulen und deren Schülerschaft bewegen, ebenso haben wir wichtige Veränderungen im Erwachsenenbildungsbereich angestoßen.

So war es für uns ein großer Erfolg, dass der Landtag mehrheitlich unseren Argumenten gefolgt ist, die eigentlich am 31.12.23 auslaufende Übergangsregelung zur Ersatzschulfinanzierung (Aufschlag von 6,35 Prozent auf die reguläre Finanzhilfe) bis zum Inkrafttreten des seit langem diskutierten neuen Finanzhilfemodells zu verlängern, auch wenn damit eine rückwirkende Absenkung der für die Finanzhilfemittlung heranzuziehende Entwicklungsstufe von 6 auf 5 einherging. Ebenso intensiv mussten wir um die nach den Grundsatzurteilen des **OVG Sachsen-Anhalt** zur Ersatzschul-Finanzhilfe vom September 2022 notwendige gesetzeskonforme Anpassung

der SchiffT-VO kämpfen, was letztlich auch (zumindest im Wesentlichen) gelang, nachdem diesbezüglich lange rechtliche Fehlinterpretationen seitens des **Bildungsministeriums** zur sog. Stundenpauschale im Raum standen.



Die entsprechend angepasste SchiffT-VO wurde letztlich Anfang Juli 2024 veröffentlicht, eine hierauf fußende Neuberechnung und Veröffentlichung der endgültigen und vorläufigen Schülerkostensätze für die Schuljahre 2021/22 bis 2024/25 erfolgte jedoch zum Unverständnis der freien Schulträger bis zur Erstellung dieser Broschüre (Mitte Februar 2025) noch nicht. Weiterhin hatte sich der VDP Sachsen-Anhalt gegenüber den klagenden Ersatzschulträgern dafür ausgesprochen, die vom Land Sachsen-Anhalt angebotenen Vergleiche anzunehmen, so dass unter den Rechtsstreiten für die Schuljahre 2017/18 bis 2020/21 kurz vor Weihnachten 2023 ein Schlussstrich gezogen werden konnte.

Wir waren aber längst nicht mit allen unseren Initiativen erfolgreich. So gelang es bisher leider nicht, eine in vielen anderen Bundesländern längst übliche Schulgeldfreiheit auch für die Therapieberufsausbildungen, die vorwiegend von freien Schulträgern angeboten werden, zu erreichen. Dies betrifft beispielsweise die Podologie-, die Physio- und die Ergotherapieausbildung, also Berufsfelder, in denen in unserer alternden Gesellschaft immer mehr Fachkräfte dringend benötigt werden.

Seit Anfang des Jahres 2024 beschäftigte uns sehr die sog. Honorarkräfteproblematik. Nach einem Urteil des **Bundessozialgerichts** und einer sehr restriktiven Urteilsinterpretation durch die Deutsche Rentenversicherung sollte es auf einmal nicht mehr möglich sein, selbst nur an wenigen Wochenstunden Honorarkräfte im Bildungsbereich einzusetzen (z.B. selbständige Ärzte in der Pflegeausbildung). Damit waren plötzlich bundesweit zahlreiche Bildungsangebote, die ohne den Einsatz von Honorarkräften nicht umgesetzt werden können, bedroht, z.B. die

Integrations- und Berufssprachkurse für Zugewanderte, berufliche Fort- und Weiterbildungen, Ausbildungen in Gesundheitsfachberufen oder auch das Landesprogramm „Aufholen nach Corona“. Dem VDP Sachsen-Anhalt ist es – im Zusammenwirken mit vielen anderen Institutionen – gelungen, diese Problematik bis in höchste Regierungskreise zu tragen, wovon Sie sich bei der Lektüre dieser Broschüre überzeugen können. Auch unser Einsatz für eine Steigerung der Bundesdurchschnittskostensätze der **Bundesagentur für Arbeit** für geförderte Weiterbildungsmaßnahmen war letztlich erfolgreich.

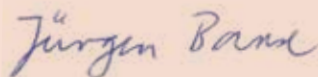
Was waren darüber hinaus besondere Highlights für unser Verbandsleben im Laufe des Schuljahres 2023/24? Dazu zählen sicherlich unsere gut besuchten Parlamentarischen Abende mit der SPD und danach mit der FDP in der Freien Waldorfschule Magdeburg sowie unsere Fachtagungen „Erwachsenenbildung“ in der Lutherstadt Wittenberg und „Ersatzschulen“ in der Hansestadt Stendal. Ebenso boten zahlreiche Jubiläumsveranstaltungen von VDP-Mitgliedseinrichtungen Grund zur Freude, insbesondere die Feiern der **Freien Grundschule Wer-nigerode** und der **Freien Schule Anhalt** in Köthen. Auch die Auszeichnung unseres langjährigen ehrenamtlichen Landesverbandsvorsitzenden **Ingolf Fölsch** mit der goldenen VDP-Ehrennadel (diese wird bundesweit einmal pro Jahr nur an eine einzige Person vom VDP-Dachverband verliehen) erfüllte den Autor dieser Zeilen mit großem Stolz.

Ein besonders trauriges Ereignis war für die gesamte VDP-Familie hingegen der viel zu frühe Tod unseres langjährigen Bundesgeschäftsführers **Dietmar Schlömp**, den wir in Sachsen-Anhalt stets in guter Erinnerung behalten werden.

Zum Ende dieses Vorwortes möchte ich mich noch herzlich bedanken bei allen Abgeordneten und Verwaltungen, die sich mit unseren Anliegen befasst und diese oftmals auch unterstützt haben, bei allen VDP-Landesverbandsmitgliedern, deren großes Vertrauen unsere Geschäftsstelle stets spüren durfte, beim ehrenamtlichen Vorstand des VDP Sachsen-Anhalt mit unserer Vorsitzenden **Katrin Hochheiser** an der Spitze für dessen intensive Begleitung und wertvollen Impulse sowie bei meinen beiden Mitarbeiterinnen **Kristin Langhoff-Rossol** und **Jacqueline Voß**, ohne die der VDP Sachsen-Anhalt nicht so gut aufgestellt wäre, wie er es aktuell ist.

Bleiben Sie und bleibt ihr unserem Landesverband bitte stets freundlich gewogen. Und jetzt wünsche ich viel Spaß und Aha-Effekte beim Durchblättern dieser Broschüre.

Ihr bzw. euer



Jürgen Banse



2021 konnte **Jürgen Banse** unseren langjährigen Bundesgeschäftsführer **Dietmar Schlömp** (auf dem Foto in der Mitte, rechts daneben seine Frau **Kathrin von Holst**) noch auf der 30-Jahres-Feier des VDP Sachsen-Anhalt in der Grünen Zitadelle begrüßen. Im Sommer 2024 verstarb Dietmar leider viel zu früh. Wir werden seine großen Verdienste um das freie Bildungswesen nie vergessen.

AUGUST 2023

- 07.08.: Auswertung der Schuljahresanfangsstatistik des **Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt** hinsichtlich der Entwicklung der Schülerzahlen an freien allgemeinbildenden Schulen

HINTERGRUNDINFORMATION:

Zwischen den Schuljahren 2012/13 und 2022/23 ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den freien allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt von 13.795 auf 21.105 gestiegen, was einem Plus von 53 Prozent entspricht. Innerhalb der vergangenen fünf Schuljahre wurde dieser Anstieg allerdings abgebremst: Hier beträgt der Zuwachs nur noch knapp 15 Prozent. In dieser Zeit war zahlenmäßig der größte Anstieg der Schülerschaft an den freien Grundschulen (+ 725) festzustellen, prozentual hingegen mit knapp 48 Prozent bei den Gemeinschaftsschulen in freier Trägerschaft. Innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt befanden sich im Schuljahr 2022/23 laut Angaben des Statistischen Landesamtes die mit Abstand meisten allgemeinbildenden Ersatzschulen im **Salzlandkreis** (20), die wenigsten hingegen im Landkreis Jerichower Land (1).

Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den freien allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt zwischen den Schuljahren 2017/18 und 2022/23

Schulform	Anzahl der Schülerinnen und Schüler		Entwicklung	
	2017/18	2022/23	Absolut	Prozentual
Grundschulen	5.419	6.144	+ 725	+ 13,4 %
Sekundarschulen	2.759	3.384	+ 625	+ 22,7 %
Gymnasien	5.859	6.276	+ 417	+ 7,1 %
Integrierte Gesamtschulen	1.863	2.163	+ 300	+ 16,1 %
Gemeinschaftsschulen	874	1.290	+ 416	+ 47,6 %
Waldorfschulen	1.028	1.359	+ 331	+ 32,2 %
Förderschulen	560	489	- 71	- 12,7 %
Gesamt	18.362	21.105	+ 2.743	+ 14,9 %

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistik
Allgemeinbildende Schulen 2017/18 + 2022/23

- 11.08.: Versendung eines umfangreichen Fragenkatalogs an **Prof. Frauke Brosius-Gersdorf** zu deren detaillierten Ausführungen zum Regelungsgehalt von Artikel 7 Absatz 4 des Grundgesetzes (hierin ist das „Recht zur Errichtung von privaten Schulen“ geregelt) im von ihr herausgegebenen neuen Grundgesetz-Kommentar von Dreier (4. Auflage, Tübingen 2023, Band I)
- 15.08.: Versendung einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf des 16. Schulgesetzänderungsgesetzes an die Mitglieder des

Landtags-Bildungsausschusses: Darin begrüßte der Verband die vorgesehene Entfristung einer Übergangsregelung zur Ersatzschulfinanzierung bis zum Inkrafttreten des vom Bildungsministerium angekündigten neuen Finanzhilfemodells und mahnte zugleich eine zeitnahe Berechnung und Veröffentlichung der Finanzhilfesätze für das bereits angelaufene Schuljahr 2023/24 an.



- 17.08.: Teilnahme an Sitzung des **Bildungsausschusses** des Landtages und Abgabe einer mündlichen Stellungnahme zum vorliegenden Schulgesetzentwurf; Kennlerngespräch mit dem neu berufenen **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm**
- 24.08.: Gespräch mit **Kay Barthel, Präsident des Landesrechnungshofs Sachsen-Anhalt**, über das geplante neue Finanzhilfemodell für die Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt und über die bis dahin vorgesehene Übergangsfinanzierung
- 25.08.: Schreiben an **Silvina Vieweg** und **Dr. Ulrike Oehlstöter** (beide Bildungsministerium): Ergänzung der Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf der 7. Verordnung zur Änderung der SchifT-VO hinsichtlich des Aspekts des bislang unberücksichtigten Zusatzbedarfs für den Ethik- und Religionsunterricht in der gymnasialen Oberstufe
- 29.08.: Teilnahme am Wirtschaft- und Medienabend der **CDU-Landtagsfraktion** in Magdeburg
- 31.08.: Teilnahme am Sommerfest der **FDP-Landtagsfraktion** in Magdeburg (gemeinsam mit Vorstand **Andy Zimmer** und **Kristin Langhoff-Rossol**)



Bei den freien berufsbildenden Schulen waren 2023/24 die Fachschulen für Sozialpädagogik am beliebtesten (2.769 Schülerinnen und Schüler).

SEPTEMBER 2023

- 04.09.: Auf den Artikel „Privatschulen fordern Finanzhilfen ein – Verband: Landesregierung lässt Träger über Überbrückungsgeld in Millionenhöhe im Unklaren“ in der Tageszeitung „**Volksstimme**“ reagierte der VDP Sachsen-Anhalt am gleichen Tag mit einer klarstellenden Mail, die an die **Vorsitzenden der Landtagsfraktionen** sowie die **Mitglieder des Bildungs- und Finanzausschusses** des Landtages gerichtet war. Darin erläuterte er die zu diesem Zeitpunkt bestehende Sach- und Rechtslage zu folgenden Themenkomplexen:
 1. Fortsetzung der Übergangsfinanzierung i.H.v. 6,35 % (Aufschlag auf berechnete Finanzhilfe) über den 31.12.22 hinaus statt deren vorzeitigen Beendigung zum 31.07.22
 2. Reaktionen auf Urteile des OVG Sachsen-Anhalt: (Fehlende) Veröffentlichung einer gesetzeskonformen SchifT-VO und
 3. Entwicklung eines neuen Finanzhilfemodells, da es hier im politischen Raum bei Diskussionen zur Ersatzschul-Finanzhilfe wiederholt zu Vermengungen unterschiedlicher Sachverhalte kam.

- 05.09.: Durchführung eines Parlamentarischen Abends des VDP Sachsen-Anhalt mit **Vertreterinnen und Vertretern des SPD-Landesverbandes**; Das Impulsreferat hielt **Prof. Katharina Best (Hochschule Hamm-Lippstadt)** zu dem Thema „Digitale Bildung und Künstliche Intelligenz – Chancen und Herausforderungen für Schulen und Weiterbildungseinrichtungen“.

*Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Parlamentarischen Abend des VDP Sachsen-Anhalt wurden von Schülerinnen und Schülern der **Freien Waldorfschule Magdeburg** musikalisch begrüßt.*

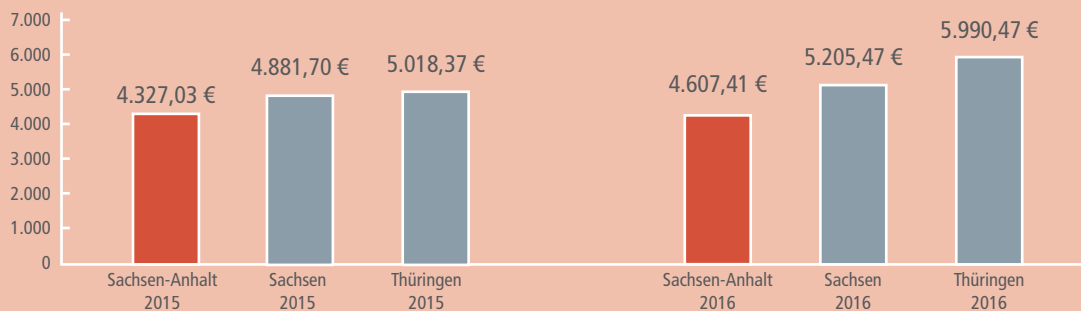


*Bestandteil des Parlamentarischen Abends war auch ein Interview von **Katrin Hochheiser**, Vorsitzende des VDP Sachsen-Anhalt, mit **Dr. Katja Pähle**, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, zu bildungspolitischen Fragestellungen. (Foto: Freie Waldorfschule Magdeburg)*

- **06.09.:** Teilnahme von **Katrin Hochheiser** und **Jürgen Banse** an Sitzung der Arbeitsgruppe „Neues Finanzhilfemodell“, die von **Bildungsministerin Eva Feußner** geleitet wurde: Dabei tauschten die Vertreterinnen und Vertreter des Bildungsministeriums sowie der freien Schulen ihre unterschiedlichen Auffassungen zum geplanten neuen Finanzhilfemodell aus, insbesondere zu den zu berücksichtigenden Kostenpositionen vergleichbarer staatlicher Schulen. Ein Einvernehmen konnte hierbei nicht erreicht werden, vor allem nicht bei den Overhead- und Gebäude- bzw. Mietkosten.
- **07.09.:** Aufgrund der am 06.09. getroffenen Aussage des Bildungsministeriums, dass die Ersatzschul-Finanzhilfe in Sachsen-Anhalt höher sei als in allen anderen Bundesländern, übersendete der VDP Sachsen-Anhalt der zuständigen MB-Abteilungsleiterin **Silvina Vieweg** eine bereits früher vom Landesverband vorgenommene Untersuchung zu den je Schülerin und Schüler durchschnittlich gewährten Finanzhilfebeträgen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen in den Haushaltsjahren 2015 und 2016. Diesen Vergleich aktualisierte der VDP Sachsen-Anhalt in den nachfolgenden Monaten (siehe auch 11.01.25).

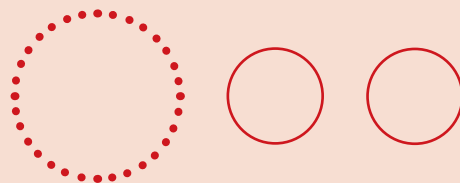
HINTERGRUNDINFORMATION:

Vergleich der durchschnittlich je Schüler*in an freien allgemein- und berufsbildenden Schulen gewährten Finanzhilfen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen *Quellen: Stat. Bundesamt + Haushaltsrechnungen der Länder für 2015 und 2016*



	Sachsen-Anhalt 2015	Sachsen 2015	Thüringen 2015
Gemittelte Schülerzahlen laut Stat. Bundesamt	23.628	61.904	25.415
Zuschüsse laut jeweiligen Landeshaushaltsrechnungen	102.239.039,00 €	302.201.343,90 €	127.541.960,00 €
	Sachsen-Anhalt 2016	Sachsen 2016	Thüringen 2016
Gemittelte Schülerzahlen laut Stat. Bundesamt	24.182	63.339	25.496
Zuschüsse laut jeweiligen Landeshaushaltsrechnungen	111.416.419,65 €	329.709.332,80 €	152.733.028,50 €

- **11.09.:** Teilnahme an Veranstaltung „Sachsen-Anhalt Digital 2023“ mit **Ministerin Lydia Hüskens** (Ministerin für Infrastruktur und Digitales); Gespräch mit **MdL Konstantin Pott** (FDP) über geplanten Bundeshaushalt 2024 und die hierin vorgesehenen unzureichenden Mittel für die Arbeitsmarktförderung durch die Jobcenter



- 15.09.: Versendung einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf des Schulbauförderprogramms an **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm** – Darin begrüßte der Verband zwar, dass das Land beabsichtigte, nunmehr ein vorrangig aus Landesmitteln finanziertes Förderprogramm zur Sanierung und zum Bau von Schulgebäuden aufzulegen. Negativ bewertete der VDP hingegen u.a., dass der Entwurf als Fördervoraussetzung so hohe Mindest-Schülerzahlen an den zu fördernden Schulen vorsah, dass zu befürchten sei, dass freie Schulträger insbesondere bei den weiterführenden Schulen kaum Chancen auf eine entsprechende Förderung haben werden.
- 19.09.: Nachfrage bei **Dr. Ulrike Oehlstöter** (Bildungsministerium) und **Saskia Abu El Wafa** (Landesschulamt), inwiefern ein angekündigter ergänzender Erlass zum Lehrkräfteeinsatz an den freien Schulen mit Wirkung zum 01.08.23 in Kraft getreten ist – eine schriftliche Antwort hierauf unterblieb zunächst (s. Anfrage an beide Ansprechpartnerinnen vom 27.05.24).
- 19.09.: Gemeinsames Gespräch von **Steffen Kilian** und **Jürgen Banse** mit **Torsten Narr** (Mitglied der Geschäftsführung der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt / Thüringen) über aktuelle arbeitsmarktpolitische Fragestellungen sowie die künftigen Schwerpunkte der Geschäftspolitik der Regionaldirektion

Steffen Kilian (Vorstandsmitglied VDP Sachsen-Anhalt) und Jürgen Banse (Geschäftsführer VDP Sachsen-Anhalt) vereinbarten mit Torsten Narr von der BA-Regionaldirektion einen regelmäßigen Austausch zu aktuellen Fragen der Arbeitsmarktförderung.



- 21.09.: Teilnahme an Videokonferenz des Bildungsministeriums (u.a. vertreten durch **Dr. Ulrike Oehlstöter**) mit den Vertretern der freien Schulen, die für die Schuljahr 2017/18 bis 2020/21 Finanzhilfebescheide des Landes zur gerichtlichen Überprüfung eingereicht hatten: Erläuterung der Vergleichsangebote des Landes, die im Wesentlichen den Forderungen des VDP Sachsen-Anhalt entsprechen
- 25.09.: Teilnahme von **Steffen Kilian** und **Jürgen Banse** an Sondersitzung der Arbeitsgruppe „Strukturwandel und Qualifizierung“ (virtuell): Vorstellung des Projektes „Nationale Online Weiterbildungsplattform (mein.NOW)“ durch die zuständige Projektleitung der **Bundesagentur für Arbeit**

- 26.09.: Teilnahme der Vorstandsmitglieder **Mike Keune** und **Steffen Kilian** an der **Arbeitsgruppe „Hightech-Academy“** zur Begleitung der geplanten Intel-Ansiedlung; Teilnahme von Vorstandsmitglied **Christward Buchholz** an Sitzung des Landesschulbeirates
- 27.09.: Teilnahme von Vorstandsmitglied **Steffen Kilian** an Sitzung der **Arbeitsgruppe „Integration in den Arbeitsmarkt“** im Landesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Der VDP Sachsen-Anhalt führt regelmäßig im Frühjahr zwei Fachtagungen und im Herbst seine Jahreshauptversammlung durch.



- 28.09.: Durchführung der **Jahreshauptversammlung** des VDP Sachsen-Anhalt im Roncalli-Haus Magdeburg: Als Gastreferenten sprachen am Vormittag **Staatssekretär Dr. Jürgen Ude** sowie **Julia Bütow** (beide Staatskanzlei und Ministerium für Kultur) zu dem Thema „Ansiedlung industrieller Großprojekte in Sachsen-Anhalt + Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier: Auswirkungen für die Bildungslandschaft“. Am Nachmittag hielt **Paula Friedrich** (Medienpädagogische Beraterin für Schulen in Sachsen-Anhalt) im **Fachforum Schulen** einen Vortrag zum Thema „Herausforderungen für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz im Kontext Schule“, außerdem sprachen **Jörg Pelloth** (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) zu dem Thema „Die neue Weiterbildungs-Förderrichtlinie für Sachsen-Anhalt“ sowie **Lutz Rätz** (Fachkraft im Fokus) zu „Fördermöglichkeiten über das KOMPASS-Programm“ jeweils im parallel stattfindenden **Fachforum Erwachsenenbildung**.



Auf der Jahreshauptversammlung des VDP Sachsen-Anhalt nahmen sich unsere aus der Staatskanzlei kommenden Impulsreferenten **Staatssekretär Dr. Jürgen Ude** sowie **Julia Bütow** (auf dem Foto erster und zweite von rechts) viel Zeit für die Fragen unserer Mitglieder.

OKTOBER 2023

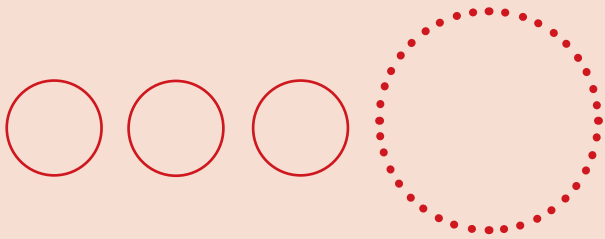
- 04.10.: Teilnahme an Sitzung des WiSo-Beirates des Landes-Begleitausschusses zur Umsetzung der EU-Programme EFRE/JTF und ESF+ mit Herrn **Finanz-Staatssekretär Rüdiger Malter** – Dabei ging es u.a. um die vorgesehene Ausschreibung einer BRAFO-Netzwerkstelle sowie um das geplante Förderprogramm Sachsen-Anhalt ENERGIE.
- 04.10.: Schreiben an **Dr. Ulrike Oehlstöter** (Bildungsministerium) zu dem von ihr an die freien Schulträger versendeten Brief vom gleichen Tag, der unter der Überschrift „Umsetzung der Urteile des OVG LSA vom 27.09.2022 und der Beschlüsse des OVG LSA vom 14.11.2022; Veröffentlichung der vorläufigen Schülerkostensätze 2023/24“ stand – Hierin wurden die freien Schulträger darüber informiert, dass die Schülerkostensätze für das Schuljahr 2023/24 erst dann veröffentlicht werden können, wenn das 16. Schulgesetzänderungs-Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sei. Der VDP Sachsen-Anhalt fragte hierzu an, ob mit einer Veröffentlichung der Schülerkostensätze des laufenden Schuljahres noch im Jahr 2023 zu rechnen sei und ob auch daran gedacht sei, die neu zu berechnenden Kostensätze für die Schuljahre 2021/22 sowie 2022/23 ebenfalls zeitnah zu veröffentlichen.
- 10.10.: Teilnahme an einer Videokonferenz des **Bildungsministeriums** mit freien Schulträgern zu den Folgen des Rechtsstreits zur Berechnung der Finanzhilfe
- 10. + 11.10.: Teilnahme an der auswärtigen Sitzung des **EFRE/JTF/ESF+-Begleitausschusses** in Halle/Saale
- 13.10.: Durchführung des Seminars „Bürgergeld- und Weiterbildungsgesetz: Die neuen Arbeitsförderinstrumente der SGB II + III“ im Roncalli-Haus Magdeburg



*Als sehr sachkundiger Referent stand unseren Seminarteilnehmern **Prof. Dr. Torsten Schaumberg** (Hochschule Nordhausen) zur Verfügung, der selbst Autor verschiedener Fachbücher insbesondere zum Sozialrecht ist.*

Die Vorgaben zur Durchführung geförderter beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen sind vor allem im SGB III und in der AZAV zu finden.

- 16.10.: Mail an **Torsten Narr** (Geschäftsführung der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen) mit verschiedenen Fragestellungen der Arbeitsmarktdienstleister u.a. zu den immer umfassenderen Anforderungen der **DAKKS** hinsichtlich der Zertifizierung von Arbeitsfördermaßnahmen und deren Träger (Anbieter)
- 17.10.: Gemeinsames Gespräch von **Kristin Langhoff-Rossol** und **Jürgen Banse** mit **Silvio Briese** (zuständiger Referatsleiter im Bildungsministerium für berufsbildende Schulen) zu den Anforderungen des Landes an die Pflegeschulen, insbesondere zum Personaleinsatz
- 18.10.: Teilnahme an der Fachkonferenz „Chancen und Herausforderungen einer digitalen Arbeitswelt“ mit **Dr. Lydia Hüsken** (Ministerin für Infrastruktur und Digitales) und **Wolfgang Beck** (Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung)
- 30.10.: Abgabe von schriftlichen Ausführungen zu den Themenkomplexen „Arbeitspotenziale erschließen“ sowie „Zukunftskompetenzen fördern“ für den Zukunftsdialog des **Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**, der unter der Überschrift „Mission Fachkraft“ stand



Am 12.10.23 führte die **Wolpert Schulungszentrum Sprachschule Halle GmbH** (Mitglied des VDP Sachsen-Anhalt) in ihren Räumlichkeiten für ihre Teilnehmenden an den Integrations- und Sprachkursen einen Begegnungstag durch, der mit einer Jobmesse regionaler Unternehmen verbunden wurde. Die Teilnehmenden erhielten hierbei Beratungen in Sachen Arbeitssuche, berufliche Perspektiven, Aus- und Weiterbildungswege sowie zum Arbeitsrecht. (Foto: Wolpert Schulungszentrum Sprachschule Halle GmbH)

NOVEMBER 2023

- 01.11.: Veröffentlichung der Pressemitteilung „Freie Schulen in Sachsen-Anhalt als innovative und wertschätzende Arbeitgeber kennen lernen: Zweite virtuelle Lehrkräftemesse des VDP Sachsen-Anhalt am 15.11.23“

Gestaltung: Personalaspekte GmbH Halle, Messe.Taxi



- 01.11.: Auswertung der Antwort der Landesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage des MdL Jörg Bernstein (FDP) unter der Überschrift „Entwicklung der Verbeamtung von Lehrkräften in Sachsen-Anhalt“ (Lt-Drs. 8/3268)

HINTERGRUNDINFORMATION:

In Zeiten eines tiefgreifenden Lehrkräftemangels verschafft sich das Land Sachsen-Anhalt als Arbeitgeber der Lehrkräfte der staatlichen Schulen beim Kampf um die Gewinnung von Lehrkräften Vorteile ggü. den freien Schulen u.a. dadurch, indem bereits in den Ausschreibungen von Lehrstellen auf die Möglichkeit der Verbeamtung hingewiesen wird und indem die Verbeamtung in der Regel auch allen Lehramts-Referendarinnen und -Referendaren in Sachsen-Anhalt angeboten wird.

Die Folge ist, dass immer mehr Lehrkräfte an den staatlichen Schulen über einen Beamtenstatus verfügen. Verbeamtete Lehrkräfte müssen keine Sozialversicherungsabgaben leisten und verfügen so über ein deutlich höheres Netto-Einkommen als vergleichbare angestellte Lehrkräfte. Sie erhal-

ten darüber hinaus im Ruhestand Pensionen, die von der Höhe deutlich über den Rentenzahlungen für vergleichbare Lehrkräfte liegen, die sich in einem Anstellungsverhältnis befunden haben. Diese Pensionen, die Teil der Beamtenversorgung sind, zahlt nicht die Rentenkasse, sondern im Falle der sich im Ruhestand befindlichen Landesbeamten das Land Sachsen-Anhalt. Hierdurch wird der Landeshaushalt Jahr für Jahr stärker belastet.

Bereits am 22.01.23 titelte die „Mitteldeutsche Zeitung“ zu diesem Thema „Sachsen-Anhalt ächzt unter Pensions-Zahlungen“. Laut Zeitungsbericht haben sich die Ausgaben des Landes für Beamtenpensionen und Beihilfen allein zwischen den Jahren 2012 und 2022 von 130 Mio. € auf 353 Mio. € erhöht. Laut „Süddeutscher Zeitung“ vom

02.02.23 prognostiziert Landesrechnungshofpräsident **Kay Barthel** für 2033 Pensionsaufwendungen des Landes in Höhe von ca. 750 Mio. €.

Dennoch stieg laut der o.g. Antwort der Landesregierung im Bereich der staatlichen Schulen die Anzahl der verbeamteten Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt (bei einer sinkenden Gesamtzahl von Lehr-

kräften) von 3.761 im Schuljahr 2005/06 auf 7.335 im Schuljahr 2022/23 an, also um 95 Prozent.

Damit wies im Schuljahr 2022/23 fast jede zweite Stammllehrkraft im Dienste des Landes Sachsen-Anhalt einen Beamtenstatus auf (46,3 %). Inzwischen dürfte sich dieser Anteil weiter erhöht haben.



Am 03.11.23 fand auf dem Gelände der **Freien Waldorfschule Magdeburg** der feierliche Spatenstich für eine später als Mehrzweckgebäude zu nutzende Festhalle des Schulträgers statt.

- **06.11.:** Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden **Guido Heuer (CDU)**, **Dr. Katja Pähle (SPD)** und **Andreas Silbersack (FDP)** zur beabsichtigten Festschreibung der Entwicklungsstufe 5 als Bestandteil der Ersatzschulfinanzierung rückwirkend zum 01.08.2023 (Bislang war diese Stufe lediglich in der SchifT-VO festgeschrieben. Das OVG Sachsen-Anhalt hatte zuvor im September 2022 ausgemacht, dass laut den zu diesem Zeitpunkt bestehenden Gesetzesvorgaben die Entwicklungsstufe 6 bei der Finanzhilfeberechnung hätte herangezogen werden müssen.) und zur Verlängerung des Finanzhilfeaufschlags in Höhe von 6,35 %

über den 31.12.23 hinaus bis zum Inkrafttreten eines neuen Finanzhilfemodells – Diese Schulgesetzänderungen wurden am 29.11.23 im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlicht (S. 604).

- **09.11.:** Durchführung des Seminars „Steuerrecht für Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft“ mit dem Referenten **Jens Kessler** (IQ Steuerberatungsgesellschaft mbH Leipzig) im Ankerhof Hotel Halle/Saale

- 14.11.: Eingang einer Mail des Social Media Teams des **Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** auf eine Anfrage von Jürgen Banse, inwieweit es aktuell Probleme bei dieser Behörde gibt, das grundsätzlich vorgesehene Zahlungsziel von 30 Tagen nach Abrechnung von durchgeführten Integrationskursen gegenüber den Kursträgern einzuhalten – In ihrer Antwort auf diese Anfrage führten die BAMF-Mitarbeiter u.a. folgendes aus:

„Es gibt – anders als in der freien Wirtschaft – keine vertraglich vereinbarte gesetzlich vorgegebene Zahlungsfrist, innerhalb derer das Bundesamt den Kursträgern die Pauschalen für die Durchführung der Integrationskurse zahlen müsste. Nicht ohne Grund sieht daher die Integrationskursverordnung auch explizit vor, dass Träger wirtschaftlich leistungsfähig sein müssen. ... Das Bundesamt hat sich in der sog. „Abrechnungsrichtlinie“ selbst das Ziel gesteckt, eingehende Abrechnungsunterlagen innerhalb von 30 Tagen zu prüfen, die Abrechnung zu erstellen und den ermittelten Betrag auszuzahlen. ... Das selbstgesteckte Ziel wird daher in den kommenden Wochen nicht in allen Fällen zu erreichen sein...“

- 14.11.: Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt an **Dr. Kristin Körner** (Landesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) sowie **Markus Behrens** (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt): Auswertung einer VDP-Umfrage unter BAMF-Kursträgern u.a. zu den derzeit vor Ort angebotenen Integrationskursen für Zugewanderte und zu einem vorhandenen Mangel an zugelassenen Kursdozenten
- 15.11.: Durchführung der zweiten virtuellen Lehrkräftemesse des VDP Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit **Messe.Taxi** unter dem Motto „Bildungsgestalter:innen gesucht“ – Hier stellten sich 14 freie Schulträger potentiellen Lehrkräften als attraktive Arbeitgeber vor.

- 15.11.: Erteilung der Druckfreigabe für die letztjährige Broschüre **VDP Sachsen-Anhalt Transparent 2022/23**



- 16.11.: Gespräch in der **Landtagsfraktion DIE LINKE** mit den MdL **Eva von Angern** (Fraktionsvorsitzende) und **Thomas Lippmann** (bildungspolitischer Sprecher) über den aktuellen Stand der zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossenen Rechtsstreitigkeiten zur Höhe der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft – Das OVG Sachsen-Anhalt hatte in dieser Angelegenheit bereits im September 2022 drei Grundsatzurteile zugunsten der klagenden freien Schulträger gefällt.
- 17.11.: Versendung einer unter der Leitung von der VDP-Landesvorsitzenden **Katrin Hochheiser** erarbeiteten Stellungnahme des Landesverbandes hinsichtlich der Pläne des Bildungsministeriums, bei der Etablierung eines neuen Finanzhilfemodells im Bereich der berufsbildenden Schulen Zusammenfassungen von Bildungsgängen und Fachrichtungen vorzunehmen: Unterbreitung von konkreten Umsetzungsvorschlägen hierfür

- 20.11.: Information der Mitglieder des VDP Sachsen-Anhalt über die Antwort der Bundesregierung auf eine vom Landesverband initiierte Parlamentarische Anfrage zum Thema „Bundes-Durchschnittskostensätze der Bundesagentur für Arbeit für Weiterbildungsmaßnahmen“ (BT-Drs. 20/8881)
- 20.11.: Eingang eines Schreibens des **Bildungsministeriums** unter der Überschrift „Umsetzung der Urteile des OVG LSA vom 27.09.2022 und der Beschlüsse des OVG LSA vom 14.11.2022 – Veröffentlichung der vorläufigen Schülerkostensätze 2023/24“ – Hierin heißt es u.a.:
- 21.11.: Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt an **Dr. Ulrike Oehlstöter**, zu diesem Zeitpunkt zuständige Referatsleiterin für Schulen in freier Trägerschaft im **Bildungsministerium**: Bitte um schnellstmögliche Veröffentlichung der Finanzhilfesätze für die Schuljahre 2021/22 bis 2023/24, um den freien Schulträgern wieder Planungssicherheit zu geben, und um ein einheitliches Vorgehen bei den Vergleichsangeboten des Landes zur Finanzhilfe während der Schuljahre 2017/18 bis 2020/21 gegenüber den klagenden Schulträgern
- 22.-24.11.: Teilnahme von **Katrin Hochheiser**, **Steffen Kilian**, **Stephan Schmidt** und **Andy Zimmer** (jeweils Vorstände im VDP Sachsen-Anhalt) sowie von **Jürgen Banse** und **Kristin Langhoff-Rossol** (jeweils Mitarbeiter des VDP Sachsen-Anhalt) am traditionellen **VDP-Bundeskongress**, der 2023 in Leipzig unter dem Motto „Zukunft bilden – Lern- und Arbeitskulturen gestalten“ stand

„Wie mit Schreiben vom 04.10.2023 informiert wurde, hat das Land der überwiegenden Mehrheit der klagenden Schulträger bereits Vergleiche angeboten. Ich bitte Sie, die Zustimmung zum Vergleichsangebot dem beauftragten Rechtsanwalt... spätestens zum 15.12.2023 schriftlich zu übermitteln, damit die Auszahlung noch in diesem Jahr realisiert werden kann. Dem Ministerium ist es bewusst, dass es vereinzelt Schulträger geben kann, die noch kein Angebot erhalten haben. Hier bitte ich kurzfristig um eine Mitteilung, für welches Verfahren noch ein Vergleichsangebot erstellt werden soll.“

Verfahren zur Festsetzung der Finanzhilfe für die Schuljahre 2021/22 bis 2022/23

Zu diesem Verfahren erhalten Sie noch gesondert eine Information.

Veröffentlichung der vorläufigen Schülerkostensätze 2023/24

Des Weiteren informiere ich Sie darüber, dass die Veröffentlichung der vorläufigen Schülerkostensätze für 2023/24 als Entwurf noch im Dezember erfolgen wird.“

Anmerkung: Bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Broschüre Ende Januar 2025 (!) hat das Bildungsministerium weder die endgültigen Finanzhilfesätze für die Schuljahre 2021/22 + 2022/23, noch die vorläufigen Finanzhilfesätze für 2023/24 + 2024/25 im Schulverwaltungsblatt veröffentlicht.



*Der VDP Sachsen-Anhalt war auf dem 2023er VDP-Bundeskongress gut vertreten, u.a. mit (von links nach rechts) **Andy Zimmer**, **Stephan Schmidt**, **Katrin Hochheiser**, unserem langjährigen Landesvorsitzenden **Ingolf Fölsch**, **Steffen Kilian** und **Jürgen Banse**.
Foto: Arndt Paykowski (VDP-Dachverband)*

- 27.11.: Veröffentlichung der Pressemitteilung „Langjähriger Vorsitzender des VDP Sachsen-Anhalt mit Goldener Ehrennadel des VDP-Dachverbandes geehrt“



Ingolf Fölsch (Mitte) wurde von VDP-Vizepräsidentin Dagmar Mager (links auf dem Foto) und VDP-Präsident Dr. Klaus Vogt (rechts auf dem Foto) mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet, die pro Jahr nur an eine Person, die sich um das freie Bildungswesen besonders verdient gemacht hat, verliehen wird. Der Geehrte war von 2009 bis 2021 ehrenamtlich im Vorstand des VDP Sachsen-Anhalt aktiv, zwischen 2013 und 2021 war er sogar Vorsitzender des Landesverbandes. Hauptberuflich bekleidet Ingolf Fölsch das Amt des Geschäftsführers der Oskar Kämmer Schule.

- 27.11.: Brandbrief des VDP Sachsen-Anhalt an die sachsen-anhaltischen Bundestagsabgeordneten sowie die arbeitsmarktpolitischen Sprecher der hiesigen Landtagsfraktionen unter der Überschrift: „Haushaltssperre bringt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zum Erliegen: Stärkerer Arbeitskräftemangel und nachhaltigere Belastung der Sozialversicherungssysteme zu erwarten“ – Hintergrund dieses Brandbriefes war u.a. eine Ankündigung zahlreicher Jobcenter, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit sofortiger Wirkung aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 zum (unzulässigen) Nachtragshaushalt des Bundes alle Verpflichtungsermächtigungen der Jobcenter für Eingliederungsleistungen gesperrt habe. Gleichzeitig verwies der VDP Sachsen-Anhalt auf die Verzögerungen von Zahlungen des BAMF zum Ende des Haushaltsjahres 2023 (s. Bericht vom 14.11.). Die Sperre für die Eingliederungsleistungen wurde kurze Zeit später vom BMAS wieder aufgehoben.
- 30.11.: Gespräch der VDP-Landesvorsitzenden Katrin Hochheiser mit Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm zu der Fragestellung, inwieweit VDP-Mitgliedseinrichtungen das Land bei der Sprachförderung von schulpflichtigen Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen könnten

DEZEMBER 2023

- 01.12.: Versendung eines gemeinsamen Scheibens der Landesarbeitsgemeinschaft der christlich orientierten Schulen (LAG) und des VDP Sachsen-Anhalt unter der Überschrift „Stellungnahme zum Protokoll der AG Finanzierung vom 06.09.2023“ an Bildungsministerin Eva Feußner – Darin stellten LAG und VDP fest, dass die Hinweise und Fragen beider Organisationen zur vom Land beauftragten Schülerkosten-Matrix weitge-

hend unberücksichtigt geblieben sind, dass zwischen dem Ministerium und den Vertretern der freien Schulen kein Konsens darüber erzielt werden konnte, in welcher Höhe und zu welchem Prozentsatz staatliche Schülerkosten-Bestandteile Berücksichtigung bei der künftigen Ersatzschulfinanzierung finden sollen (betrifft z.B. die Versorgungszuschläge für verbeamtete Lehrkräfte, Investitions- und Baukosten, Overheadkosten)

und dass aus der Sicht von LAG und VDP für die Festlegung der künftigen Finanzhilfe-Förderquote stets die vollständigen IST-Schülerkosten der vergleichbaren staatlichen Schulen Maßstab gewesen sind und nicht die zuvor einseitig von der Bildungsverwaltung an zahlreichen Stellen vorgenommenen Reduzierungen von Bestandteilen der IST-Schülerkosten. Die Vertreter der freien Schulen kündigten deshalb an, nunmehr die Abgeordneten des Landtages über die in der gemeinsamen Arbeitsgruppe leider nicht erreichte Einvernehmlichkeit zum neuen Finanzhilfemodell zu informieren und mit diesen in das Gespräch zu tatsächlich verfassungskonformen Neuregelungen zur Finanzhilfe kommen zu wollen.

- 04.12.: Treffen mit **MdB Ingo Bodtke** (FDP) als Reaktion auf den Brandbrief des VDP Sachsen-Anhalt vom 27.11. an die Bundestagsabgeordneten Sachsen-Anhalts; Themen waren somit die unzureichende finanzielle Ausstattung der **Jobcenter** durch den Bund und der damit zusammenhängende vom **BMAS** verhängte vorübergehende Ausgabenstopp sowie über die aktuellen Probleme des **BAMF**, die Zahlfrist von 30 Tagen gegenüber den Kursträgern einzuhalten



MdB Ingo Bodtke (links auf dem Foto) sagte Jürgen Banse zu, die dargestellten Probleme mit in die FDP-Bundestagsfraktion nach Berlin zu nehmen.

- 04.12.: Information der **Vorsitzenden der Landtagsfraktionen** und der **Mitglieder des Landtags-Bildungsausschusses** über das gemeinsame VDP/LAG-Schreiben vom 01.12. an das Bildungsministerium
- 07.12.: Teilnahme am Kaminabend des **CDU-Wirtschaftsrates Sachsen-Anhalt**, u.a. Gespräch mit **Sven Schulze**, Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten: Vereinbarung eines Gesprächstermins zum Thema Fachkräftemangel



Vortrag von Wirtschaftsminister Sven Schulze auf dem Kaminabend des CDU-Wirtschaftsrates in Magdeburg

- 11.12.: Anschreiben an **Dr. Ulrike Oehlstöter** (Ministerium für Bildung) zu den Ergebnissen der abgeschlossenen Tarifverhandlungen zum TV-L: Bitte um Berücksichtigung von Inflationsausgleichszahlungen bei Finanzhilfeberechnungen für das Schuljahr 2023/24



- 11.12.: Schreiben an die **Landtagsabgeordneten Carsten Borchert** und **Matthias Redlich** (beide CDU) zu den jährlichen Erhebungen des Bildungsministeriums bzw. des Landesschulamtes zum Personaleinsatz an den Schulen in freier Trägerschaft (das Formular des Ministeriums zu dieser Erhebung hatte für das Schuljahr 2023/24 einen Umfang von 12 Seiten) sowie zu den Einnahmen und Ausgaben der finanzhilfeberechtigten Ersatzschulträger (Finanzhilfe-Verwendungsnachweis;

das Formular des Landesschulamtes hierzu hat einen Umfang von 6 Seiten) als Beleg dafür, dass jede Ersatzschule in Sachsen-Anhalt jährlich aktuell der Bildungsverwaltung umfangreiche Daten zu ihrer wirtschaftlichen Lage und zu den an ihrer Schule eingesetzten Lehrkräften liefern muss. Zuvor hatte es seitens des Ministeriums geheißen, dass die Finanz- und Lehrkräftesituation an den freien Schulen sehr intransparent sei.

HINTERGRUNDINFORMATION:

S. 2 aus „Anleitung zur Erhebung des Personaleinsatzes an den allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft durch das Ministerium für Bildung Sachsen-Anhalt“, hier: Schuljahr 2023/24

Inhaltsverzeichnis

Informationen zur Bearbeitung der Excel-Datei.....	3
Allgemeines.....	3
Vorgehen bei der Bearbeitung der Excel-Tabelle.....	4
Zusammenfassung der benötigten Angaben.....	5
Allgemeine Angaben.....	6
Schulform.....	6
Schulnummer.....	6
Laufende Nummer.....	6
Angaben zur Person.....	6
Name.....	6
Geburtsjahr.....	6
Geschlecht.....	6
Staatsangehörigkeit.....	6
Angaben zur Ausbildung.....	8
Angaben zum Einsatz an der Schule.....	11
Beschäftigungsumfang.....	11
Erteilte Unterrichtsstunden.....	11
Zugangsart und -datum.....	12
Abgangsart und -datum.....	12

Das Verfahren zum Nachweis der Verwendung der Finanzhilfe und zur Vorlage von Jahresabschlüssen jeweils zum 15.07. ist (bislang) in § 11 SchifT-VO geregelt.

- 12.12.: Teilnahme an Gesprächsrunde zur geplanten Intel-Ansiedlung und zu den erwarteten Auswirkungen auf die Schullandschaft im Großraum Magdeburg u.a. mit **Julia Bütow** (Staatskanzlei) und **Silvio Briese** (Bildungsministerium)
- 14.12.: Abstimmung mit verschiedenen Schulträgern innerhalb des VDP Sachsen-Anhalt zu den vom Land offerierten Vergleichsangeboten zu den noch offenen Klageverfahren zur Ersatzschul-Finanzhilfe während der Schuljahre 2017/18 bis 2020/21

JANUAR 2024

- 09.01.: Treffen mit **MdB Martin Kröber** (SPD): Gespräch über Arbeitsmarktpolitik des **BMAS** und die Verzögerung der **BAMF**-Auszahlungen für durchgeführte Integrationskurse in den letzten Monaten des Jahres 2023

*Der Bundestagsabgeordnete **Martin Kröber** (links) nahm sich sehr viel Zeit für unser Gespräch über die Herausforderungen der Arbeitsmarktdienstleister und Integrationskursträger.*



- 11.01.: Schreiben an die **Vorsitzenden der Landtagsfraktionen** sowie die **Mitglieder des Finanz- und des Bildungsausschusses** des Landtages zu den aus unserer Sicht unzutreffenden Aussagen der **Bildungsministerin Eva Feußner**, welche diese auf der Sitzung des Finanzausschusses vom 01.11.23 im Zusammenhang mit den Beratungen zum Haushaltsgesetz 2024 zu den freien Schulen

getätigt hatte: Konkret ging es hierbei insbesondere um die Aussagen der Ministerin zu den Ergebnissen der Klageverfahren der freien Schulen, zur (angeblich fehlenden) Transparenz der freien Schulen hinsichtlich ihrer Einnahmen und Ausgaben und zu einem Vergleich mit den Finanzhilferegulungen anderer Bundesländer.

HINTERGRUNDINFORMATION:

Vergleich Finanzhilfen in den Ländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt im Schuljahr 2022/23

Schulform	Schülerausgabensätze Sachsen (endgültig)	Schülerkostenjahresbeiträge Thüringen	Schülerkostensätze in Sachsen-Anhalt (vorläufig)
Grundschule	5.388,63 €	ganztags: 6.616,00 € nicht ganztags: 4.728,00 €	4.948,38 € + ggf. Zusatz für verlässliche Öffnungszeit: 433,80 € → somit max. 5.382,18 €
Oberschule (Sachsen) Regelschule (Thüringen) Sekundarschule (Sachsen-Anhalt)	7.058,01 €	6.304,00 €	6.830,47 €
Gymnasium	Kl. 5 – 12: 7.443,62 €	Kl. 5 – 10: 6.348,00 € Kl. 11 – 12: 7.788,00 €	Kl. 5 – 10: 6.640,59 € Kl. 11 – 12: 9.868,67 € → im Durchschnitt für die Klassen 5 – 12 = 7.319,54 €
Gemeinsamer Unterricht an Oberschule / Regelschule / Sekundarschule mit Förder- schwerpunkt geistige Entwicklung	35.625,23 €	29.139,00 €	13.867,43 €

- 12.01.: Information der berufsbildenden Schulen im VDP Sachsen-Anhalt über die in den **Landtagsausschüssen für Bildung sowie Arbeit und Soziales** getroffenen Beschlüsse zur Herstellung einer Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufe-Ausbildungen
- 16.01.: Gespräch mit **MdL Rüdiger Erben** (innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion) über bestehende Probleme der Anbieter von Integrations- und Berufssprachkursen im Auftrag des **BAMF**

HINTERGRUNDINFORMATION:

Die freien berufsbildenden Schulen stellen in Sachsen-Anhalt schon seit Jahren ganz überwiegend die Ausbildungen in den dringend benötigten Gesundheitsfachberufen (z.B. Physiotherapie, Logopädie, Podologie) sicher. Hierfür müssen sie bislang in aller Regel ein Schulgeld von den Auszubildenden erheben, was der Attraktivität dieser Berufsausbildungen entgegensteht. Nachdem die o.g. federführenden Ausschüsse zum Thema „Schulgeldfreiheit“ eine Beschlussvorlage abgestimmt hatten, traf der Landtag auf seiner Sitzung am 25.01.24 den Beschluss „Gesundheitsfachberufe zeitgemäß attraktiver ausrichten und zukunftsorientiert weiterentwickeln“ (Drs. 8/3668). Hierin heißt es in Punkt 7:

„Der Landtag bittet die Landesregierung, mit Blick auf die Eckpunkte des „Gesamtkonzeptes Gesundheitsfachberufe“ und die damit verbundene Regelung, dass in Ausbildungsverträgen damit zukünftig eine Beteiligung der Schülerin oder des Schülers an der Finanzierung der schulischen Ausbildung, insbesondere die Erhebung eines Schulgel-

des oder anderer finanzieller Beteiligungen, nicht mehr gestattet ist, erforderliche Maßnahmen zu prüfen und zeitgerecht einzuleiten, um den finanziellen Ausfall adäquat zu kompensieren. Eine Berichterstattung soll in den Ausschüssen für Bildung sowie für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im II. Quartal erfolgen.“

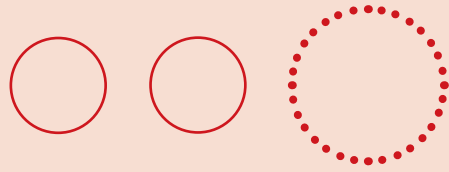
In der Haushaltsplanung für die Jahre 2025 und 2026 sind trotz dieses Landtagsbeschlusses (zumindest zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Broschüre) für verschiedene dieser Berufsausbildungen (wie z.B. die Physio- und Ergotherapie) noch immer keine Finanzmittel für die Ermöglichung der Schulgeldfreiheit nach dem Vorbild der Erzieher- und Pflegehilfeausbildung vorgesehen, so dass davon ausgegangen werden muss, dass immer mehr junge Menschen, die die o.g. Ausbildungen anstreben, Sachsen-Anhalt verlassen werden, um die Ausbildung in einem anderen Bundesland, wo die Schulgeldfreiheit auch für diese Fachrichtungen schon umgesetzt ist, zu absolvieren.

- 18.01.: Versendung einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf der Richtlinie zur Umsetzung des Investitionsprogramms Ganztagsausbau in Sachsen-Anhalt an **Isolde Hofmann**, Abteilungsleiterin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
- 19.01.: Grußwort auf der Veranstaltung zur feierlichen Eröffnung eines neue Unterrichtsbereichs der **Internatsschule Hadmersleben**

*Stolz präsentierten im Rahmen der Einweihung ihres neuen Schulbereichs **Astrid von Smuda** und **Frank Melsbach** (auf dem Foto rechts) von der Internatsschule Hadmersleben das ihnen verliehene Zertifikat für nachhaltiges Bauen.*



- 24.01.: Schreiben an die **Bundestagsabgeordneten Sachsen-Anhalts** unter der Überschrift „Bevorstehender Haushaltsbeschluss 2024: Endlich nachhaltiger Fach- und Arbeitskräftemangel bekämpfen“



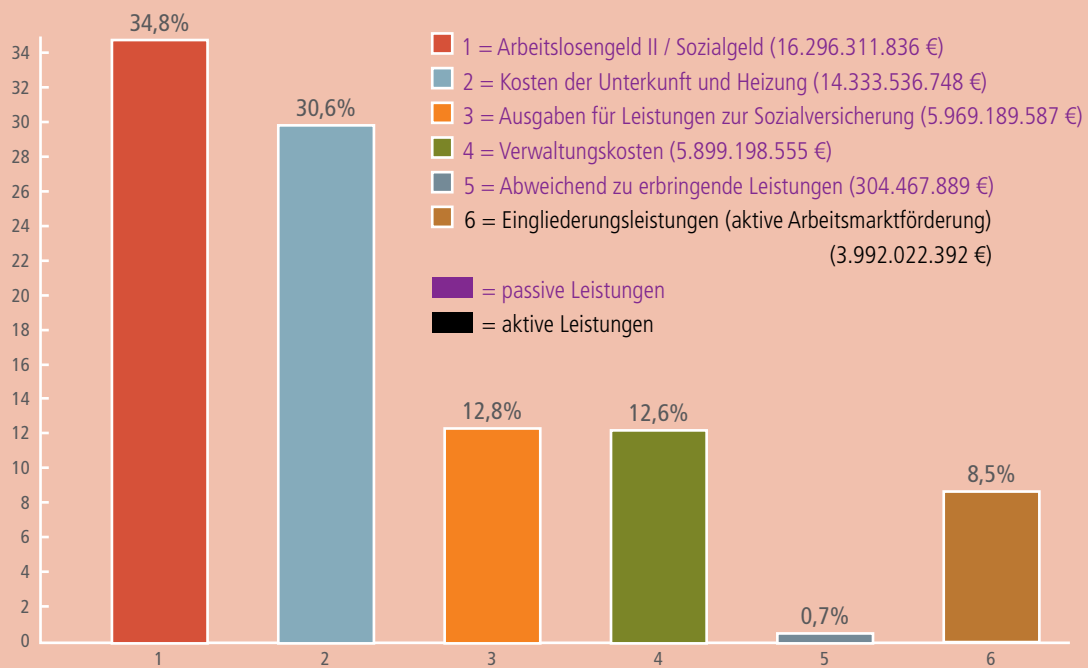
HINTERGRUNDINFORMATION:

Trotz zwischenzeitlich wieder gestiegener Arbeitslosenzahlen sind die aktiven Fördermaßnahmen von Arbeitsuchenden (z.B. durch eine zielgerichtete berufliche Weiterbildung) rückläufig – dies vor allem im Bereich der Jobcenter, die seit dem 01.01.25 ohnehin nicht mehr für die Erteilung von Bildungsgutscheinen verantwort-

lich sind. Die nachfolgende Übersicht zeigt, dass nur noch ein kleiner Anteil des Gesamthaushalts der Jobcenter für die aktive Arbeitsmarktpolitik (= Eingliederungsleistungen) aufgebracht wird, während z.B. allein der Kostenanteil der Verwaltung der Jobcenter deutlich höher ausfällt:

Ausgaben für aktive und passive Leistungen im SGB II

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



- 24.01.: Teilnahme an der Sitzung der Arbeitsgruppe „Strukturwandel und Qualifizierung“ in der **Arbeitsagentur Sachsen-Anhalt Nord** in Magdeburg
- 29.01.: Gespräch mit **Wirtschaftsminister Sven Schulze** u.a. über Möglichkeiten eines verbesserten Umgangs mit der Fachkräfteproblematik sowie über drohende Probleme beim Einsatz von Honorarlehrkräften in Bildungs- und Integrationskursmaßnahmen
- 30.01.: Teilnahme an Sitzung des **Landesschulbeirates** unter Leitung von **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm**
- 31.01.: Treffen mit **MdL Matthias Redlich** (CDU) in Querfurt: Gespräch über die tatsächlichen Schülerkosten an staatlichen Schulen und die im Vergleich hierzu geleisteten Finanzhilfen für die Schülerinnen und Schüler von Ersatzschulen

DER VDP SACHSEN-ANHALT IM SPIEGEL DER MEDIEN:

Jurist: Land benachteiligt Privatschulen

MAGDEBURG/AW. Der ehemalige Landesverfassungsrichter Winfried Kluth kritisiert die Finanzierung der Privatschulen in Sachsen-Anhalt: „Seit Jahren gibt es keine rechtssichere Grundlage für die freien Schulen“, sagte der Jura-Professor an der Universität Halle der Volksstimme. Und das, obwohl die Verfassung den Privatschulen mit ihren rund 20.000 Schülern eine auskömmliche Finanzierung zusichere. Die Situation wirke sich mittlerweile auch aufs Personal aus. In Zeiten des Lehrermangels trete der Staat als Konkurrent um Lehrer auf und diktiere gleichzeitig die Wettbewerbsbedingungen, sagte Kluth.

Nach Klagen mehrerer freier Träger hatte das Oberverwaltungsgericht Magdeburg bereits 2022 entschieden, dass das Land den freien Schulen über Jahre zu geringe Zuschüsse gezahlt hatte. Der Privatschulverband schätzte die Summe auf bis zu 20 Millionen Euro im Jahr. Laut Bildungsministerium hat das Land freien Trägern inzwischen für die Jahre

„Mitteldeutsche Zeitung“:
16.05.2024

Privatschulen fordern Finanzhilfen ein

Verband: Landesregierung lässt Träger über Überbrückungsgeld in Millionenhöhe im Unklaren

Es geht um fünf Millionen Euro allein in diesem Jahr: Sachsens-Anhalts Privatschulverband wirft der Landesregierung vor, Finanzhilfen, die den freien Schulträgern zustehen, nicht im Haushalt eingeplant zu haben. Für 2024 stehen gar mehr als 13 Millionen Euro im Raum. Die SPD sieht Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) in der Verantwortung.



Die Jeetzschule in Salzwedel: Fast 27 000 Schüler besuchen aktuell freie Schulen im Land. Foto: Fotostudio Wiedemann

Von Alexander Walter Magdeburg • Sachsens-Anhalts Privatschulverband wirft der Landesregierung vor, die freien Schulen bei der Zahlung einer vom Landtag beschlossenen Überbrückungshilfe in Millionenhöhe im Unklaren zu lassen.

Laut Verbandschef Jürgen Banse geht es um staatliche

ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom September 2022. Darin hatten die Richter geurteilt, dass Sachsen-Anhalt den freien Schulen bereits seit dem Schuljahr 2017/18 deutlich

eine neue Finanzierung bis August stehen würde, sagte CDU-Finanzpolitiker Stefan Ruland der Volksstimme. „Das war eine irriige Annahme“ räumte Ruland ein. Der Fehler könne jedoch „geheilt“ werden. Im Haushalt sei eine überplanmäßige Ausgabe für den Zeitraum bis Jahresende angemeldet.

Nach Ansicht des Privatschulverbands spielte indes auch das Bildungsministerium eine aktive Rolle – indem es die Übergangshilfe ab August vorläufig nicht mehr eingeplant habe.

Finanzreform für freie Schulen verzögert sich

Wie auch immer es war: Auch nach dem Jahreswechsel dürfte eine grundsätzliche Neu-Finanzierung der freien Schulen kaum sofort greifen. Die Übergangshilfe dürfte so auch 2024 notwendig bleiben. Trotzdem habe Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) die

SPD und FDP sieht dabei auch eine Entfristung der Übergangshilfen vor. Statt im September könnte das Gesetz nun möglicherweise aber erst zum Jahresende beschlossen werden. Ein Beschluss zu diesem Zeitpunkt käme möglicherweise gerade noch rechtzeitig vor dem Auslaufen der Übergangshilfen, sagte Jürgen Banse. Bei den Trägern herrsche viel Unsicherheit, ergänzte der Verbandschef.

CDU-Finanzpolitiker Ruland bestätigte Verzögerungen. Durch die fehlende Mittel-Anmeldung durch das Bildungsressort seien zunächst haushalterische Fragen zu klären. SPD-Fraktionschefin Katja Pähle erklärte, der ganze Vorgang sei ärgerlich. Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) hätte die Verunsicherung durch die Anmeldung der Haushaltsmittel für die Übergangshilfen verhindern können. „Sie steht jetzt in der Verantwortung, das Geld zu be-

„Volksstimme“: 04.09.2023

Schulbudgets auf der Kippe

Die Koalition will 13 Millionen Euro, die für staatliche Schulen mit großem Lehrermangel gedacht sind, zur Finanzierung der Privatschulen nutzen. Die Linke spricht von einem Eklat.

VON ALEXANDER WALTER

MAGDEBURG. Die erst bei einem Bildungsgipfel im Januar beschlossenen flexiblen Personalbudgets für Schulen in Sachsen-Anhalt stehen möglicherweise kurz nach dem Start bereits auf der Kippe. Mit dem Geld sollen vor allem die personell schlecht versorgten Sekundar- und Gemeinschaftsschulen Honorarkräfte einkaufen können, um so den Lehrermangel zu mildern. Knapp 132 Millionen der 14 Millionen Euro, die 2024 für das Projekt vorgesehen sind, sollen auf Antrag von CDU, SPD und



Fließen 13 Millionen Euro für Unterstützungskräfte an Schulen mit großem Lehrermangel jetzt zur Finanzierung der Privatschulen? Foto: DPA

hulentswurf im Frühjahr abgesehen wurde, haben alle Fraktionen zugestimmt, auch die SPD“, sagte Sprecher Elmer Emig. Schon damals sei klar gewesen, dass neues Geld für die Übergangsfinanzierung nicht enthalten sein würde.

CDU-Finanzpolitiker Stefan Ruland verteidigte die Entscheidung des Finanzausschusses gestern: „Zunächst handelt es sich um einen Bearbeitungsstand, der vielleicht nicht der finale ist“, sagte er. Im Personalbudget-Topf bliebe zudem selbst nach Abzug der Gelder für die Privatschulen noch rund eine Million Euro, ob das rei-

„Volksstimme“: 03.11.2023

Finanzstreit mit Privatschulen beendet?

Bildungsministerium verkündet Einigung – doch mehrere Träger sehen das anders.

MAGDEBURG/DPA/AW. Über Jahre haben die Träger der freien Schulen im Land und das Bildungsministerium über Finanzhilfen gestritten – laut Ministerium wurde nun eine Einigung erzielt. Man habe sich in fast allen Verfahren zur Finanzhilfe per Vergleich geeinigt, teilte das Haus von Eva Feußner (CDU) gestern mit. Es seien Vergleiche für die Schuljahre 2008/09 bis 2012/13 sowie 2017/18 bis 2020/21 abgeschlossen. Bis zum 31. Dezember seien mehr als 26 Millionen Euro ausbezahlt

mit den Schulen in freier Trägerschaft beendet“, hieß es.

Freie Schulaufsicht gefordert

Die Träger der freien Schulen hatten zuvor eine zu geringe finanzielle Unterstützung des Landes beklagt.

Insgesamt zogen Träger für rund 125 Schulen vor Gericht. Unter anderem ging es darum, dass das Land weniger Geld überweist, als vielen Lehrern zusteht. Gemäß Landesverfassung haben die Ersatzschulen Anspruch auf staatliche Zuschüsse,

komplett ersetzt; deshalb sind sie auch auf Schulgeld angewiesen. Offen ist, wie es mit der Finanzierung der Privatschulen weitergeht. Das Ministerium teilte mit, es sei aufgefordert, ein neues Finanzierungsmodell zu erarbeiten. Dazu gebe es eine Arbeitsgruppe. „In den bisherigen, stets offenen und transparenten Verhandlungen konnte abgesehen von Einzelpunkten bisher grundsätzlich Übereinstimmung erzielt werden“, hieß es Vertreter der freien Schulen wiesen das zurück: „Die

zen haben“, sagte Dietrich Lührs, Leiter des ökumenischen Domgymnasiums Magdeburg. Streitpunkt sei vor allem, welche Kosten als Grundlage für die Berechnung der Zuschüsse für die Privatschulen angesetzt werden. Jürgen Banse, Chef des Privatschulverbands, sagte, der Austausch hierzu stecke fest. Die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe habe man daher für beendet erklärt. Generell forderte Banse die Einrichtung einer „unabhängigen Schulaufsicht“ im Land,

„Volksstimme“: 17.01.2024

Privatschulen fordern Finanzhilfen ein

Verband: Landesregierung lässt Träger über Überbrückungsgeld in Millionenhöhe im Unklaren

Es geht um fünf Millionen Euro allein in diesem Jahr: Sachsen-Anhalts Privatschulverband wirft der Landesregierung vor, Finanzhilfen, die den freien Schulträgern zustehen, nicht im Haushalt eingeplant zu haben. Für 2024 stehen gar mehr als 13 Millionen Euro im Raum. Die SPD sieht Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) in der Verantwortung.



Alexander Walter

Magdeburg Sachsen-Anhalts Privatschulverband wirft der Landesregierung vor, die freien Schulen bei der Zahlung einer vom Landtag beschlossenen Überbrückungshilfe in Millionenhöhe im Unklaren zu lassen.

Laut Verbandschef Jürgen Banse geht es um staatliche Hilfen von 5,1 Millionen Euro allein bis Ende dieses Jahres. Für 2024 steht gar eine Summe von 13,2 Millionen Euro im Raum. Hintergrund: Der Landtag hatte im vergangenen Jahr beschlossen, die Finanzhilfen für die freien Schulen mit ihren fast 27000 Schülern übergangsweise um 6,35 Prozent zu erhöhen. Vorausgegangen war ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom September 2022. Darin hatten die Richter geurteilt, dass Sachsen-Anhalt den freien Schulen bereits seit dem Schuljahr 2017/18 deutlich zu niedrige Zuschüsse zahlt.

Hilfen beschlossen, aber nicht eingeplant

Konkret geht es um die Höhe der Bezahlung für die Lehrer an den freien Schulen. Bei der Berechnung der Zuschüsse für die Privatschulen würden sie im Vergleich zu den staatlichen Schulen mit einer zu niedrigen Berufserfahrung eingestuft, so die Richter.

Nach dem Urteil verbieten CDU, SPD und FDP die Übergangshilfe

„Volksstimme“: 04.09.2023

13 Millionen extra für freie Schulen

Koalition macht nach Gerichtsprozessen Zusatzgeld locker.

Von Jan Schumann

Magdeburg/MZ. Infolge mehrerer Gerichtsniederlagen des Landes Sachsen-Anhalt will die Koalition aus CDU, SPD und FDP die freien Schulen im Land mit zusätzlichem Geld ausstatten. Es gehe um 13 Millionen Euro extra im Jahr, sagte SPD-Fraktionschefin Katja Pähle am Donnerstag im Landtag. Kommende Woche wolle die Koalition ein entsprechendes Gesetz im Parlament beschließen.

Hintergrund ist ein langer Streit um Finanzhilfen des Landes für freie Schulen, der auch bereits mehrere Gerichte beschäftigt hat. In einem Grundsatzurteil hatte das Oberverwaltungsgericht 2022 entschieden, dass die bisherige Landesfinanzierung rechtswidrig ist: Das Gericht kippte die Praxis, nach der Lehrern freier Schulen lange Zeit weniger Gehalt zugebilligt wurde als ihren Kollegen an öffentlichen Schulen. Konkret konnten Pädagogen freier Schulen bisher nicht in Erfahrungsstufe fünf aufsteigen – das soll sich nun ändern, bekräftigte Pähle am Donnerstag.

Nur eine Interimslösung

Die freien Schulen sind ein wichtiger Faktor in Sachsen-Anhalts Bildungslandschaft. Jeder zehnte Schüler lernt in diesen Einrichtungen. Nötig sei deshalb eine „faire und angemessene“ Finanzierung freier Schulen, betonte FDP-Bildungspolitiker Jörg Bernstein. Klar ist aber: Die jetzt geplante Finanzspritze durch den Landtag ist lediglich eine Übergangslösung. Denn infolge der Gerichtsniederlagen muss das Land Sachsen-Anhalt die Finanzhilfen für freie Schulen nun völlig neu berechnen. „Hier erwarten wir eine zügige Umsetzung“, erklärte Bernstein mit Blick auf das Bildungsministerium in Magdeburg. Der Verband der Privatschulen (VDP) erwartet, dass die neue Finanzberechnung allerspätestens im Sommer 2024 steht.

Keine echte Steigerung

„Volksstimme“: 03.11.2023

Virtuelle Messe für Lehrer an Privatschulen

MAGDEBURG/JB. Zum zweiten Mal organisiert der Verband Deutscher Privatschulen (VDP) Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit seinem Kooperationspartner Messe.Taxi eine virtuelle Lehrkräftemesse unter dem Motto „Bildungsgestalter gesucht“, bei der sich zahlreiche freie Schulen des Landes als potentielle Arbeitgeber vorstellen wollen. Die morgen von 14 bis 19 Uhr stattfindende Messe richtet sich insbesondere an

Ende 2023 wurden die anhängigen Gerichtsverfahren zur Ersatzschulfinanzierung auch auf Vermittlung des VDP Sachsen-Anhalt durch Vergleiche beendet.

„Volksstimme“: 14.11.2023

Land lenkt im Streit mit Privatschulen ein

Mit 26 Millionen Euro wendet die Regierung mehr als 150 Gerichtsprozesse ab.

VON HAGEN EICHLER

MAGDEBURG/MZ. Das Bildungsministerium und die Träger vieler freier Schulen ziehen einen Schlussstrich unter jahrelange Streitigkeiten ums Geld. In mehr als 150 Fällen hatten Privatschulen das Land wegen zu niedrig angesetzter Finanzhilfen verklagt. Das Bildungsministerium erklärte

hende Rechtsstreit mit den Schulen in freier Trägerschaft beendet“, heißt es in einer schriftlichen Erklärung des Ressorts von Ministerin Eva Feußner (CDU).

Die Forderungen der Schulen reichen teils lange zurück. Strittig waren das Schuljahr 2008/2009 sowie die Zeit zwischen 2017 und 2021. Die Privatschulen fühlten sich ungerecht behandelt, weil ihre Lehrkräfte vom Land schlechter eingestuft wurden und daher ein geringeres Gehalt zugebilligt bekamen. Die Differenz machte für jeden Lehrer mehrere hundert Euro monatlich aus. Strittig war zudem die Höhe der Stundenpauschale.



Ministerin Eva Feußner (CDU) FOTO: DPA

Kämmer-Schule. Auch danach noch verlor das Land mehrere weitere Prozesse. Mit der jetzigen Einigung sind weitere Verhandlungen nicht nötig. Nach Angaben des Bildungsministeriums hat sich eine einzige Schule der Einigung nicht angeschlossen, allerdings wird dieser Schritt erwartet.

Noch nicht geregelt sind die Zuschüsse für Schuljahre 2021/22 und 2022/23. Für sie will das Bildungsministerium nun ein neues Finanzierungsmodell erarbeiten.

Der Landesverband der Privatschulen begrüßt die Einigung. „Es ist eine Kompromisslösung, aber wir haben unseren Mitgliedern empfohlen zuzustimmen“, sagte

„Mitteldeutsche Zeitung“: 13.03.2023

FEBRUAR 2024

- 01.02.: Teilnahme an Veranstaltung im IWH Halle mit **Prof. Monika Schnitzer** (Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dieser Sachverständigenrat ist unter dem Begriff der „Wirtschaftsweisen“ in der Öffentlichkeit bekannt)



*Am Rande der Veranstaltung diskutierte **Jürgen Banse** mit **Frau Prof. Schnitzer** über die aus seiner Sicht unzureichende Förderung von Langzeitarbeitslosen durch zielgerichtete und aufeinander aufbauende Förderketten mit dem Ziel, diese nachhaltig in Arbeit zu vermitteln.*

- 08.02.: Auswertung einer Veröffentlichung des **Statistischen Bundesamtes** zu steuerlich geltend gemachten Schulgeldern im Jahr 2019 – Wenn Eltern für ihr Kind wegen des Besuches einer freien Schule ein Schulgeld zu entrichten haben, können sie 30% hiervon gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG als Sonderausgaben von der Einkommenssteuer absetzen. Das Statistische Bundesamt hat vor diesem Hintergrund für alle Bundesländer die durchschnittlich geltend gemachten Schulgelder errechnet: Im Jahr 2019 wurde bundesweit für knapp 600.000 Kinder ein derartiges Schulgeld in einer durchschnittlichen Höhe von 2.029 € (= 169 €/Monat) geltend gemacht, in Sachsen-Anhalt lag dieser Wert im gleichen Jahr laut

Statistischem Bundesamt bei durchschnittlich nur 1.376 € (= 115 €/Monat), was sicher auch Folge der unterschiedlichen Einkommensverhältnisse in den Bundesländern ist und zeigt, dass die freien Schulen in Sachsen-Anhalt das in Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes verankerte Sonderungsverbot sehr ernst nehmen.

- 08.02.: Auswertung des Protokolls von der Sitzung des **Landtags-Bildungsausschusses** vom 11.01.24, hier TOP 8 „Auseinandersetzung zwischen Bildungsministerium und Schulträgern über die Finanzierung der Ersatzschulen zeitnah beenden!“ – Bereits auf dieser Sitzung stellte **Bildungsministerin Eva Feußner** klar, dass es beabsichtigt sei, die geplanten Gesetzesänderungen zu den freien Schulen aus der gleichfalls geplanten großen Novelle zum Schulgesetz herauszulösen und diese stattdessen dem Landtag in Form eines sog. Artikelgesetzes (also gemeinsam mit weiteren Gesetzgebungsvorhaben aus schulfremden Bereichen) vorzulegen.
- 13.02.: Schreiben an die **Landesministerinnen Dr. Tamara Zieschang** (Inneres und Sport) sowie **Petra Grimm-Benne** (Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) unter der Überschrift „Große Risiken für Anbieter von Integrations- und Berufssprachkursen: Integration von Flüchtlingen in Gefahr“ – In diesem Schreiben ging es um folgende Themenkomplexe: 1. Einsatz von Honorarlehrkräften in BAMF-Kursen; 2. Forderungen der Verwaltungsberufsgenossenschaft bezüglich des den Integrationskursen von der Arbeitsverwaltung zugewiesenen Teilnehmerkreises; 3. Verzögerung von Zahlungen durch das BAMF an die Sprachkursträger für von diesen erbrachte Leistungen; 4. Vorgaben zu den neuen Job-Berufssprachkursen
- 14.02.: Gespräch von **Kristin Langhoff-Rossol** und weiteren Vertretern von Podologie-Schulen mit **Olivia Lange** (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) über eine erstmalige Finanzierung dieser schulischen Ausbildung durch das Land Sachsen-Anhalt



- 14.02.: Austausch mit **Dr. Kristin Körner** (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) über die Handhabung der **Deutschen Rentenversicherung**, die nach einem Urteil des **Bundessozialgerichts** sämtliche im Bildungsbereich eingesetzte Honorarlehrkräfte als abhängig Beschäftigte (sog. Scheinselbständige) beurteilt(e), was zahlreiche Bildungsangebote von Weiterbildungsanbietern, Integrationskurs-trägern, Schulen, Universitäten oder auch Volkshochschulen gefährdet(e).
- 15.02.: Schreiben an **Grit Mederake** (Bildungsministerium): Übersendung von vorab gestellten Fragen von Mitgliedern des VDP Sachsen-Anhalt zur vorgesehenen Informationsveranstaltung zum Bildungsmanagementsystem des Landes Sachsen-Anhalt (BMS-LSA)
- 21.02.: Anfrage bei **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm** zu Terminketten bezüglich der zurückliegenden und künftigen Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft; dabei ging es um die Veröffentlichung bzw. Vorlage der zu modifizierenden SchifT-VO, der endgültigen Schülerkostensätze für die Schuljahre 2021/22 und 2022/23 sowie die anschließende Erstellung von Finanzhilfebescheiden durch das Landesschulamt für diese Schuljahre, die vorläufigen Schülerkostensätze für das Schuljahr 2023/24 und den Entwurf der geplanten Änderungen im Schulgesetz zur Ersatzschulfinanzierung sowie zum Lehrkräfteeinsatz an freien Schulen
- 22.02.: Durchführung eines außergewöhnlich gut besuchten Online-Seminars zum Thema „Einsatz von Honorarkräften in Bildungseinrichtungen: Was überhaupt noch möglich ist und wie jetzt alle Bildungseinrichtungen reagieren müssen“ mit **Rechtsanwalt Steffen Tietze** aus Leipzig
- 23.02.: Teilnahme von VDP-Vorstandsmitglied **Mike Keune** und VDP-Geschäftsführer **Jürgen Banse** an einer Videokonferenz des Bildungsministeriums zur geplanten Umsetzung des Bildungsmanagementsystems des Landes Sachsen-Anhalt (BMS-LSA)
- 26.02.: Teilnahme am Fachkräftekongress des **Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)** in Berlin
- 27.02.: Schreiben an **Martin Lauterbach** vom **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** mit Bezug auf das am Vortag geführte Gespräch zum Einsatz von Honorarkräften insbesondere in Berufssprachkursen, dabei u.a. Weiterleitung der VDP-Schreiben an die Landesinnen- und -sozialministerin vom 13.02. sowie der Präsentation vom VDP-Webinar vom 22.02.



*Der Fachkräftekongress des BMAS war politisch hochkarätig besetzt, u.a. mit den Bundesministern **Robert Habeck** (Wirtschaft), **Hubertus Heil** (Arbeit und Soziales) sowie **Bettina Stark-Watzinger** (Bildung). Der VDP-Landesgeschäftsführer nutzte die Möglichkeit, auf der Tagung zahlreiche Mitarbeiter des BMAS und des BAMF für die Honorarkräfteproblematik zu sensibilisieren.*



*Am 19.02.24 besuchte Jürgen Banse die **Zukunftswerkstatt Mitteldeutschland** in der Lutherstadt Eisleben. Auch dieser Bildungsdienstleister bietet regelmäßig Integrationskurse für Geflüchtete bzw. Zugewanderte an. Gerade im Bereich der Integrations- und Berufssprachkurse, die über das BAMF finanziert werden, ist die o.g. Honorarkräfteproblematik sehr virulent.*

- 28.02.: Auswertung der Antwort der **Landesregierung** auf eine Parlamentarische Anfrage des **MdL Thomas Lippmann** unter der Überschrift „Folgen der Klageverfahren zur Ersatzschulfinanzierung ab dem Schuljahr 2017/18“ (Drs. 8/3772)



HINTERGRUNDINFORMATION:

Die meisten der Klageverfahren für die Schuljahre 2017/18 bis 2020/21 wurden durch einen Vergleich zwischen dem Land und den jeweils klagenden Schulträgern beendet. Der VDP Sachsen-Anhalt hatte seinen Mitgliedern zuvor empfohlen, die vom Land unterbreiteten Vergleichsangebote anzunehmen. Im Rahmen dieser Vergleiche zahlte das Land den klagenden Ersatzschulträgern insgesamt 26,3 Mio. € nach. Bis zum Zeitpunkt

der Anfrage hatte das Land darüber hinaus fast 550.000 € für Gerichts- und Anwaltskosten bezahlt. Selbst aber in den am meisten beklagten Schuljahren 2017/18 und 2018/19 wurden nur für etwa ein Drittel der vorhandenen Ersatzschulen Klagen erhoben. Die nicht klagenden Ersatzschulen erhielten für die genannten Schuljahre keine Nachzahlungen.

- 29.02.: Teilnahme an der feierlichen Verabschiedung der langjährigen Schulleiterin **Dr. Undine Busse**, zuständig für die Berufsfachschulen der **Euro Akademie** in Sachsen-Anhalt



Frau Dr. Busse (vierte von links) wurde herzlich von ihren bisherigen und ehemaligen Wegbegleitern in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

MÄRZ 2024

- 06.03.: Treffen der VDP-Vorstandsmitglieder **Katrin Hochheiser** und **Mike Keune** mit **Bildungsministerin Eva Feußner**: Gespräch über den Entwurf der überarbeiteten SchifT-VO und über ein anschließendes Schulgesetzgebungsverfahren
- 06.03.: Teilnahme an Festveranstaltung 15 Jahre **Freie Schule Anhalt** – zu Gast waren auch u.a. Bildungsministerin **Eva Feußner**, **Andy Grabner** (Landrat des Landkreises Anhalt-Bitterfeld) und **Christina Buchheim** (Bürgermeisterin der Stadt Köthen)



Am Rande der Veranstaltung kam es auch zu einem Austausch von **Ferenc Makk** (Freie Schule Anhalt Köthen) und **Jürgen Banse** (VDP Sachsen-Anhalt).
Foto: Freie Schule Anhalt

- 07.03.: Durchführung des Seminars „Die Zulassung von Weiterbildungsmaßnahmen im Spiegel von SGB II, SGB III und AZAV sowie der Bundesdurchschnittskostensätze“ mit **Prof. Torsten Schaumberg** (Hochschule Nordhausen)
- 11.03.: Antwort von **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm** auf die Anfrage des VDP Sachsen-Anhalt vom 21.02. zu den vorgesehenen Zeitschienen u.a. zur Veröffentlichung der überarbeiteten SchifT-VO und den noch ausstehenden Finanzhilfesätzen ab dem Schuljahr 2021/22 – Laut seiner Antwort war beabsichtigt, die Änderung der SchifT-VO nach einer vorherigen Anhörung im April, spätestens Mai 2024 zu veröffentlichen. Danach könnten dann auch die noch ausstehenden Finanzhilfesätze ab dem Schuljahr 2021/22

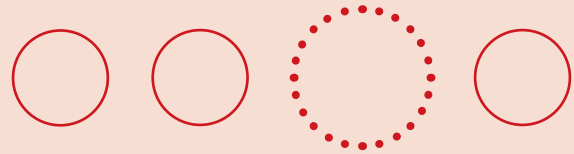
berechnet und veröffentlicht werden. Weiterhin kündigte der Staatssekretär an, dass der Entwurf der Schulgesetzänderung (u.a. mit dem neuen Modell zur Förderung der Ersatzschulen) in die Landtagssitzung im Juni 2024 eingebracht werden soll.

- 12.03.: Teilnahme an Sitzung des **Begleitausschusses für die EU-Fonds EFRE/JTF sowie ESF+** im Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt
- 13.03.: Gespräch mit **MdL Dr. Katja Pähle** (Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion) gemeinsam mit **Dr. Dietrich Lührs** (Sprecher der LAG), **Stephan Rether** (Katholisches Büro) und **Albrecht Steinhäuser** (Evangelisches Büro) über einen möglichen alternativen Entwurf zur künftigen Ersatzschul-Finanzhilfe (basierend auf dem bisherigen Modell)
- 14.03.: Teilnahme an Sitzung der **Fachgruppe Arbeitsmarktdienstleistungen** in Berlin (gemeinsam mit den Landesverbandsvorständen **Steffen Kilian** und **Stephan Schmidt**) und am anschließenden Parlamentarischen Abend des **VDP-Dachverbandes**



Zur VDP-Fachgruppensitzung „AMDL“ in Berlin begrüßten **Ellen Jacob**, Geschäftsführerin des VDP-Dachverbandes, und **Holger Wohlfeil**, Vorsitzender der Fachgruppe.

- 15.03.: Schreiben an **MdL Dr. Katja Pähle** (SPD): Darstellung der Honorarkräfteproblematik und der Lösungsansätze des VDP Sachsen-Anhalt hierzu
- 18.03.: Teilnahme am Frühjahrsempfang der **SPD-Landtagsfraktion** – Gespräch u.a. mit **Wissenschaftsminister Prof. Armin Willingmann** über die Honorarkräfteproblematik
- 19.03.: Durchführung der **VDP-Fachtagung** „Erwachsenenbildung“ in den Räumlichkeiten des **BBZ „Elbe“** in der **Lutherstadt Wittenberg**; Gastreferenten waren hier **Torsten Narr** (Geschäftsführer Operativ der **BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen**) zu dem Thema „Aktuelle Entwicklungen der Handlungsfelder am Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt“ und **Michael Ney** (Projektgruppenleiter **Zukunftszentrum Digitale Arbeit Sachsen-Anhalt**), zum Thema „Weiterbildung in Sachsen-Anhalt zukunftsfähig gestalten – Unterstützungsangebote des Zukunftszentrums Digitale Arbeit Sachsen-Anhalt“
- 21.03.: Teilnahme an Videokonferenz der **Weiterbildungsagentur Sachsen-Anhalt** zum Thema „Matchingplattform für Qualifizierungsbedarfe“
- 27.03.: Schreiben an **Petra Grimm-Benne**, Landesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, unter der Überschrift „Weiterhin ungelöste Honorarkräfteproblematik“: Verweis auf eine hierzu vorliegende Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der **MdB Heike Brehmer** (CDU) und eine vom VDP Sachsen-Anhalt vorgenommene Darstellung der aus dem Urteil des Bundessozialgerichts folgenden Beeinträchtigung des gesamten Bildungswesens nebst den vom Verband erarbeiteten Lösungsansätzen



*Die Vorträge unserer Gastreferenten stießen auf ein großes Interesse aller Teilnehmenden der VDP-Fachtagung im Hörsaal des **BBZ „Elbe“** Wittenberg.*

Bei dem Vortrag von Torsten Narr ging es u.a. um die Förderung beruflicher Weiterbildungen auch von Beschäftigten, um den geplanten JOB-TURBO und die Angebote der Weiterbildungsagentur.

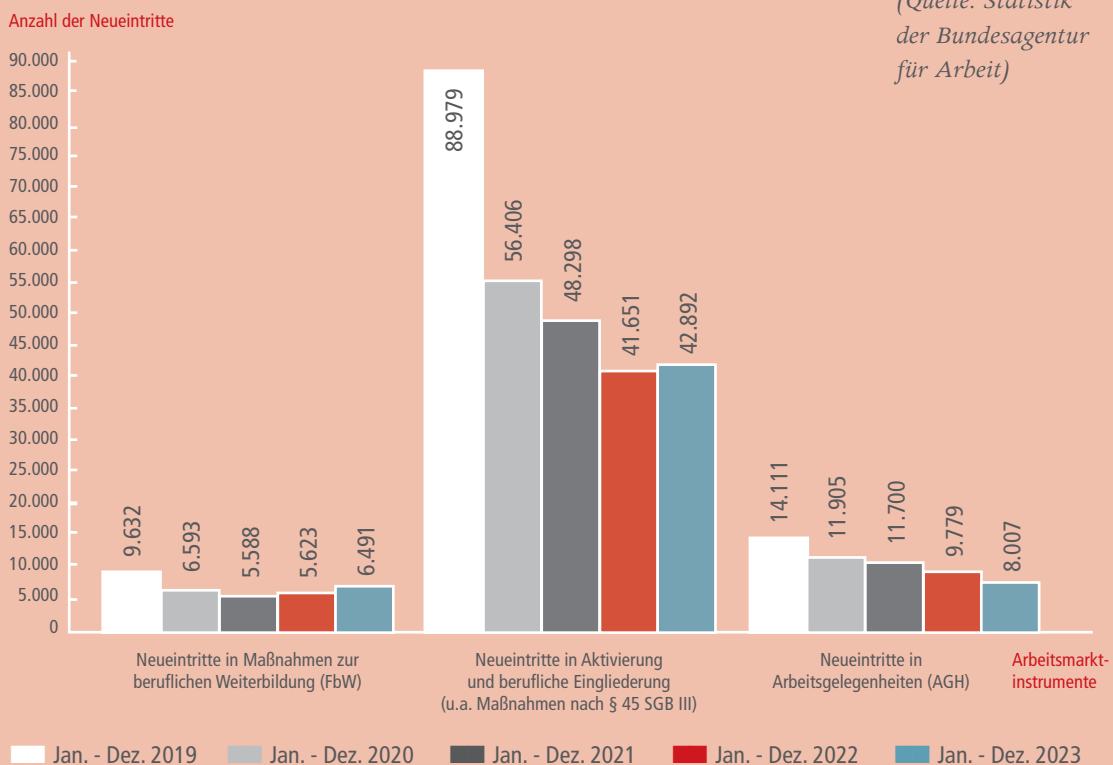
- **28.03.:** Auswertung der Statistik der **Bundesagentur für Arbeit** zu den Neueintritten von Leistungsbeziehenden in ausgewählte Arbeitsmarktinstrumente innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt

HINTERGRUNDINFORMATION:

Aus der abgebildeten Grafik wird deutlich, dass im Jahr 2023 zumindest in den Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) sowie in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung in Sachsen-Anhalt zwar mehr Teilnehmende als im Vorjahr eingemündet sind, aber noch immer deutlich weniger als in der Vor-Corona-Zeit (z.B. – 33 Prozent in Weiterbildungsmaßnahmen im Vergleich zum Jahr 2019), obwohl die Arbeitslosenzahl in Sachsen-Anhalt zwischen Dezember 2019 und Dezem-

ber 2023 um 6 Prozent gestiegen ist. Noch drastischer sieht es im Bereich der Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen (- 52 Prozent im Vergleich zu 2019) sowie bei den Arbeitsgelegenheiten (- 43 Prozent im Vergleich zu 2019) aus. Diese zurückhaltende Förderpolitik führt aus der Sicht des VDP Sachsen-Anhalt zu einem dauerhaften Verbleib von immer mehr Leistungsbeziehenden in der Grundsicherung und erweist sich im Kampf gegen den Fachkräftemangel als problemverschärfend.

Anzahl der Neueintritte von Leistungsempfängern in ausgewählte Arbeitsfördermaßnahmen in Sachsen-Anhalt: Entwicklungen seit 2019



Entwicklung 2022-2023:
+ 15,44 %
Bundesweiter Anteil: 2,2 %

Entwicklung 2022-2023:
+ 2,98 %
Bundesweiter Anteil: 3,3 %

Entwicklung 2022-2023:
- 18,12 %
Bundesweiter Anteil: 7,1 %

APRIL 2024

- **02.04.:** Treffen mit den **MdL Guido Heuer** (Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion) und **Karin Tschernich-Weiske** (CDU, Mitglied des Landtags-Bildungsausschusses): Gespräch über den Entwurf einer überarbeiteten SchifT-VO (unter Berücksichtigung der Urteile des OVG Sachsen-Anhalt), über das geplante Gesetzgebungsverfahren zu einem neuen Ersatzschulfinanzierungsmodell und zur Honorarkräfteproblematik
- **08.04.:** Durchführung der **internen AG „Finanzhilfe“** des **VDP Sachsen-Anhalt** und der **LAG der christlich orientierten Schulen**: Abstimmung einer gemeinsamen Position zu aktuellen Entwicklungen in der SchifT-VO
- **09.04.:** Teilnahme an Sitzung der **Dachverbandstaskforce** zum Thema Honorarlehrkräfte
- **10.04.:** Schreiben von **Kristin Langhoff-Rossol** an die **bildungs- und gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen** unter der Überschrift „Praktikumsplätze in der Akutpflege bedroht“ – Durch erfolgte Kündigungen von Kooperationsverträgen der Krankenhäuser mit den Trägern von Pflegeschulen können die vom Pflegeberufegesetz vorgesehenen Praktika nicht mehr in der erforderlichen Anzahl sichergestellt werden, was die Durchführung der Pflegefachberufe-Ausbildungen zumindest erheblich erschwert.
- **10.04.:** Treffen mit **MdL Jörg Bernstein** (bildungs- und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion) zum Entwurf der SchifT-VO und zu einem möglichen alternativen Schulgesetz-Entwurf von VDP und LAG (an dem Gespräch waren auch **Dr. Dietrich Lührs** und **Stephan Rether** beteiligt)
- **10.04.:** Gespräch der VDP-Landesvorsitzenden **Katrin Hochheiser** und des Landesgeschäftsführers **Jürgen Banse** mit **Bildungsministerin Eva Feußner** und MB-Abteilungsleiterin **Silvina Vieweg** über den Entwurf der überarbeiteten SchifT-VO und insbesondere über die hierin vorgesehenen Absenkungen der sog. Stundenpauschalen für verschiedene Schulformen, die im Schuljahr 2024/25 zu erheblichen Finanzhilfekürzungen z.B. für die Sekundarschulen in freier Trägerschaft geführt hätten
- **11.04.:** Teilnahme von **Katrin Hochheiser** und **Jürgen Banse** an der Präsidiumssitzung des **VDP-Dachverbandes** in Berlin
- **12.04.:** Versendung der Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf der überarbeiteten SchifT-VO an **Dr. Ulrike Oehlstöter** vom Bildungsministerium – Kritisch äußerte sich der Verband in seiner Stellungnahme insbesondere zu den ab dem Schuljahr 2024/25 vorgesehenen Festsetzungen der Stundenpauschalen auf „0“ für verschiedene Schulformen, was aus der Sicht des VDP Sachsen-Anhalt den (Muster-) Urteilen des OVG Sachsen-Anhalt zu einer gesetzeskonformen Ersatzschul-Finanzierung eklatant widersprach.
- **12.04.:** Gespräch mit **Mechthild Jorgol** (Landesverband der Volkshochschulen Sachsen-Anhalt e.V.) über mögliche gemeinsame Aktivitäten hinsichtlich der Honorarkräfteproblematik: Vereinbarung der Initiierung einer Arbeitsgruppe
- **16.04.:** Versendung eines Schreibens des VDP Sachsen-Anhalt an **MB-Abteilungsleiterin Silvina Vieweg** mit einer rechtlichen Bewertung der Urteile des OVG Sachsen-Anhalt vom September 2022 hinsichtlich einer gesetzeskonformen Festsetzung von Stundenpauschalen als Faktoren für die Ersatzschul-Finanzhilfe

HINTERGRUNDINFORMATION:

In seinem (Muster-)Urteil zur Finanzhilfe für die Sekundarschulen in freier Trägerschaft vom 27.09.22 (Az: 4 L 159/21) hatte das OVG Sachsen-Anhalt u.a. folgendes ausgeführt:

„Damit ist davon auszugehen, dass der Beklagte (Anmerkung: das Landesschulamt) bei der Berechnung der Stundenpauschalen gegen höherrangiges Recht verstoßen hat. Denn der Beklagte konnte auf Nachfrage des Senats nicht plausibel darlegen, dass er nach seinen Berechnungen die Vorgaben des § 9 Abs. 3 Nr. 6 SchifT-VO a.F. i.V.m. Nr. 1 von Teil 2 der Anlage zur SchifT-VO a.F. beachtet hat. Für den Senat ist deshalb auch nicht nachvollziehbar, inwieweit tatsächlich ein Grundbedarf für die Sekundarschulen entsprechend den Unterrichtsorganisationsvorgaben in die Berechnung die Stundenpauschale eingeflossen ist.“

Das Gericht hatte somit gerade nicht in Frage gestellt, dass in die Finanzhilfeberechnung sowohl die in den maßgeblichen Unterrichtsorganisationserlassen ausgewiesenen Grundsätze als auch die Sonderbedarfe bei der Ermittlung der Stundenpauschalen zu berücksichtigen sind. Die zunächst nach außen vertretene Auffassung des Bildungsministeriums, nunmehr die Stundenpauschalen kostensenkend mit „0“ ansetzen zu können, widersprach somit klar den Vorgaben bzw. der Intention des Oberverwaltungsgerichts.

- 16.04.: Teilnahme an der offiziellen Eröffnung einer neuen Turnhalle am Gymnasium der **ECOLE-Stiftung** in Barleben



Die neue Turnhalle wurde im Beisein von **Dr. Lydia Hüskens** (Landesministerin für Infrastruktur und Digitales) ihrer Bestimmung übergeben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von **Rahn Education** hatten sich für die Feier von **Gotthard Dittrich** zahlreiche nette Überraschungen einfallen lassen.



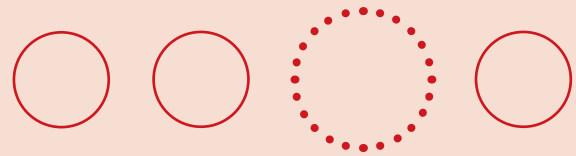
- 18.04.: Auf der erstmals in Magdeburg stattfindenden **Messe BILDUNG.DIGITAL** war auch der VDP Sachsen-Anhalt als Kooperationspartner des Veranstalters mit einem kleinen Messestand vertreten.



Auch **Bildungsministerin Eva Feußner** schaute bei ihrem Rundgang am kleinen VDP-Messestand vorbei. (Foto: Stephan Leitel, Ministerium für Bildung)

- 20.04.: Teilnahme an Empfang aus Anlass des 70. Geburtstages von **Gotthard Dittrich**, Geschäftsführer des VDP-Mitgliedes **Rahn Education** und Vorstandsvorsitzender der **Europäischen Stiftung der Rahn Dittrich Group für Bildung und Kultur**, in Leipzig

- 22.04.: Gespräch von **Kristin Langhoff-Rossol** (begleitet von **Kristina Kober** von der **IWK GmbH**) mit **MdL Nicole Anger** (**DIE LINKE**) über Probleme bei der Ausbildung von Pflegefachkräften
- 25.04.: Teilnahme an Pressekonferenz der **Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis** im Magdeburger Stiftungsgymnasium aus Anlass des dort vorgesehenen Starts der **IB World School** (Erwerb eines international anerkannten Schulabschlusses parallel zum Abitur)
- 26.04.: Online-Videokonferenz von **Kristin Langhoff-Rossol** mit **MdL Susann Sziborra-Seidlitz** (bildungspolitische Sprecherin der Fraktion B'90/Die Grünen) zu aktuellen Herausforderungen in der Pflegeausbildung



Bei der Pressekonferenz beantworteten **Dr. Antje Schwan** (links), **Klaus Roth** (zweiter von links) und **Mike Keune** (rechts) von der **Stiftung Evangelische Jugendhilfe** sowie **Bildungsministerin Eva Feußner** (zweite von rechts) die Fragen der Journalistinnen und Journalisten.

MAI 2024

- 03.05.: Treffen zwischen der AG „Bildung“ der **CDU-Landtagsfraktion** unter der Leitung des Fraktionsvorsitzenden **Guido Heuer**, der **Bildungsministerin Eva Feußner**, des **Bildungsstaatssekretärs Jürgen Böhm** sowie Vertretern der **LAG der christlich orientierten Schulen** und des **VDP Sachsen-Anhalt** (**Katrin Hochheiser** und **Jürgen Banse**): Diskussion über eine gesetzeskonforme und gerichtsfeste Ausgestaltung der zu überarbeitenden Verordnung über die Schulen in freier Trägerschaft (SchifT-VO)
- 07.05.: Durchführung eines Parlamentarischen Abend des **VDP Sachsen-Anhalt** mit **Vertreterinnen** und **Vertretern der FDP** aus unserem Bundesland: Nach einem Grußwort durch die Landesvorsitzende **Dr. Lydia Hüskens** (Ministerin für Digitalisierung und Infrastruktur) hielt der ehemalige Landesverfassungsrichter **Prof. Winfried Kluth** einen Impulsvortrag zu dem Thema „Engagement verlangt Rechtssicherheit: Kritische Anmerkungen zum Umgang des Landes Sachsen-Anhalt mit Schulen in freier Trägerschaft“. Darin ging es u.a. um die seit dem Schuljahr 2021/22 nicht mehr veröffentlichten endgültigen Schülerkostensätze für die Ersatzschulen, was der Rechtsexperte als verfassungswidrig einschätzte.

Nach Kurzimpulsen von **Kirstin Tänzer** (Freies Gymnasium Geiseltal) und **Dr. Lars Knopke** (Zukunftswerkstatt Mitteldeutschland) zu ihren Erwartungen an die Bundes- und Landespolitik, stellten sich die MdL **Andreas Silbersack** (Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion) und **Jörg Bernstein** (bildungs- und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion) den Fragen unserer Landesvorsitzenden **Katrin Hochheiser**.

Volles Haus beim Parlamentarischen Abend des VDP Sachsen-Anhalt mit der FDP. Seitens der Partei waren u.a. beide Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt sowie alle Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion auf unserer Veranstaltung anwesend. (Foto: Freie Waldorfschule Magdeburg)



*Für besonderen Beifall sorgte auf der Veranstaltung das alarmierende Statement von **Dr. Lars Knopke** unter der Überschrift: „Unternehmer, Bildung, soziale Arbeit – ein (kurzer) Erfahrungsbericht aus Sachsen-Anhalt“ der Situation des Bildungsdienstleister, die im Bereich der Arbeitsmarktförderung und der Integrationskurse für Zugewanderte tätig sind.*

- 08.05.: Versendung einer Pressemitteilung des VDP Sachsen-Anhalt unter der Überschrift „Ehemaliger Landesverfassungsrichter Prof. Winfried Kluth moniert verfassungswidrige Benachteiligung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt“
- 08.05.: Versendung einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf des 17. Schulgesetzänderungsgesetzes an den **Bildungsausschuss des Landes Sachsen-Anhalt** – Hierin begrüßte der Verband die vorgesehene Einführung von dualen Studiengängen für die Ausbildung angehender Lehrkräfte. Der VDP wies darauf hin, dass auch einige Ersatzschulträger daran Interesse haben, frühzeitig Lehramtsstudierende zu unterstützen und an sich zu binden.
- 14.05.: Teilnahme an Sitzung des **Landesschulbeirates** – Dort thematisierte Jürgen Banse u.a. die Honorarkräfteproblematik, die auch die staatlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (inkl. der Pflegeschulen) betrifft.
- 15./16.05.: Teilnahme der VDP-Vorstandsmitglieder **Katrin Hochheiser** und **Andy Zimmer** sowie von **Jürgen Banse** an der Veranstaltung **HR Campus Mitteldeutschland** in Quedlinburg, bei dem namhafte Referentinnen und Referenten zu Themen wie New Work, Mental Health, Personalführung, Künstliche Intelligenz oder flexible Arbeitszeitmodelle sprachen und ein reger Erfahrungsaustausch hierzu stattfand



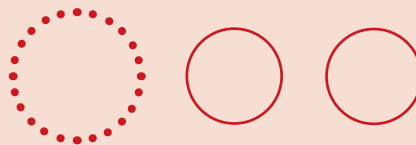
*Auf dem HR-Campus warb **Karolin Gaßmann** von hey! Parents für eine intensive Begleitung von Mitarbeitenden vor und während der Elternzeit als Instrument der Mitarbeiterbindung für Unternehmen. Der **VDP Sachsen-Anhalt** bot seinen Mitgliedern einige Zeit später ebenfalls einen Workshop mit hey! Parents an.*

Es ist bislang nicht hinreichend konkret vom Bundesgesetzgeber geregelt, wann eine abhängige Beschäftigung gerade nicht vorliegt.



- 16.05.: Teilnahme von **Kristin Langhoff-Rossol** an der Veranstaltung „Talk of Care – Pflege und Politik im Gespräch“ in der **Christlichen Akademie für Gesundheitsberufe** in Halle
- 17.05.: Gemeinsame Videokonferenz des **Volks-hochschulverbandes Sachsen-Anhalt** und des **VDP Sachsen-Anhalt** (u.a. mit Vertretern des Bildungsministeriums, der **IHK** und der **Handwerkskammer Magdeburg** sowie des **Allgemeinen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt**) zum Thema „Umgang mit Urteil des Bundessozialgerichts zum Einsatz von Honorarkräften im Bildungsbereich“

- 27.05.: Gemeinsames Schreiben der **LAG der christlich orientierten Schulen** und des **VDP Sachsen-Anhalt** unter der Überschrift „Erwartungen an die geplante Überarbeitung der schulgesetzlichen Regelungen zu den Schulen in freier Trägerschaft (10-Punkte-Plan)“ an die **Vorsitzenden** sowie die **Bildungs- und Finanzpolitiker der Landtagsfraktionen von CDU, SPD und FDP**



HINTERGRUNDINFORMATION:

In diesem Papier, das die Vertreter der freien Schulen in Sachsen-Anhalt an Mitglieder der Koalitionsfraktionen vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Gesetzesnovelle mit Neuregelungen zu den Ersatzschulen versendeten, wurde den Parlamentariern ein 10-Punkte-Plan mit den Erwartungen der freien Schulen vorgestellt.

Dazu gehörten:

1. Einführung eines für alle Seiten nachvollziehbaren, planungssicheren und verfassungskonformen neuen Ersatzschul-Finanzierungssystems
 2. Verankerung eines Förderanspruchs in Höhe von 95 Prozent der vollständigen IST-Kosten der staatlichen Schulen unter Berücksichtigung einer 103prozentigen Unterrichtsversorgung
 3. Erleichterung/Entbürokratisierung des Lehrkräfteeinsatzes
 4. Angemessene Beteiligung freier Schulen an allen bildungsbezogenen Unterstützungsleistungen und Förderprogrammen in Sachsen-Anhalt
 5. Verfassungskonforme Umsetzung des Sonderschulverbots: Vorsehen eines Schulgeldersatzes des Landes für sozial schwächere Schülerinnen und Schüler
 6. Finanzierung des Gemeinsamen Unterrichts analog den Förderschulen nach dem Vorbild Sachsens und Thüringens
 7. Einführung verfassungskonformer Regelungen zur Wartefrist nach dem Vorbild Sachsens
 8. Einbindung international ausgerichteter Bildungsgänge in die Ersatzschulstruktur
 9. Keine Verpflichtung der freien Schulen zur Nutzung des Bildungsmanagementsystems Sachsen-Anhalt
 10. Mindestens einmal pro Legislaturperiode unter Einbeziehung der Vertreter der freien Schulen Beauftragung eines unabhängigen Sachverständigen mit der Ermittlung der IST-Kosten der staatlichen Schulen – Vorlage der Ergebnisse ggü. dem Parlament und Diskussion hierüber
- 27.05.: Anfrage bei **Dr. Ulrike Oehlstöter** (Bildungsministerium) und **Saskia Abu El Wafa** (Landesschulamt) nach geändertem, aber nicht veröffentlichten Erlass zum Einsatz von Lehrkräften an Ersatzschulen
 - 30.05.: Videokonferenz mit **Karoline Schröder** und **Julia Nickel** vom **Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)** zu Möglichkeiten der Beteiligung freier Schulen an Leistungen des neu eingerichteten LISA-Referates „Digitalassistent“

JUNI 2024

- 01.06.: Teilnahme an Festveranstaltung der **Klusstiftung in Schneidlingen** aus Anlass des 30jährigen Jubiläums der **Katharinschule**, an der Kinder und Jugendliche mit geistigen Beeinträchtigungen lernen



Ein Grußwort in Schneidlingen entrichtete auch **Dr. Gunnar Schellenberger**, Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt.

- 01.06.: Teilnahme an Gesprächsrunde in Magdeburg mit **Bundeskanzler Olaf Scholz** (auf Einladung von **MdB Martin Kröber**): Auch hier thematisierte Jürgen Banse die Honorarkräfteproblematik und mahnte eine zeitnahe sowie pragmatische Lösung an.



- 03.06.: Teilnahme an der **Ostdeutschen Weiterbildungskonferenz** in der Händel-Halle in Halle/Saale

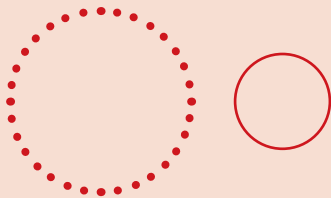


Die Ostdeutsche Weiterbildungskonferenz wurde von **Dr. Kristin Körner** (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt) und **Torsten Narr** (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen der Bundesagentur für Arbeit) moderiert.

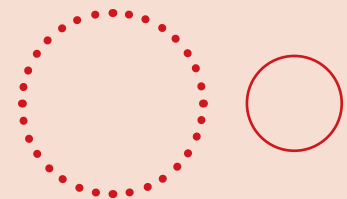
- 04.06.: Schreiben an **Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg** (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) zum Thema Honorarkräfte – Übersendung einer Zusammenfassung der Problematik mit einem direkten Bezug auf die Vielzahl von betroffenen Institutionen in Sachsen-Anhalt und einem konkreten Vorschlag, wie dem drohenden Wegfall von zahlreichen Bildungsangeboten durch eine klarstellende Erweiterung der gesetzlichen Regelung des § 7 Abs. 1 SGB IV entgegenget werden könnte

Jürgen Banse mit der VDP-Mappe in der Hand neben Bundeskanzler Olaf Scholz im Magdeburger Moritzhof.

- 05.06.: Teilnahme an einem Treffen von freien Schulträgern mit Mitarbeitern des Bildungsministeriums (unter der Leitung von **Grit Mederake**) zur (geplanten) praktischen Umsetzung des Bildungsmanagementsystems Sachsen-Anhalt (BMS-LSA); hieran beteiligten sich auch die VDP-Vorstandsmitglieder **Mike Keune** und **Andy Zimmer**: Thema war u.a. die ursprünglich vom Ministerium vorgesehene standardisierte Anmeldung von Kindern zur Einschulung an freien Grundschulen, was aber mit den üblichen Anmeldeprozessen an den freien Schulen (z.B. von der Zeitschiene her) nicht ohne weiteres in Übereinstimmung zu bringen ist.
- 07.06.: Teilnahme an Videokonferenz des **VDP-Dachverbandes** mit **Stefanie Giersch** (Bundesagentur für Arbeit) zu dem Thema „Bundesdurchschnittskostensätze im Fokus: Aktuelle Entwicklungen und Umgang mit Kostenüberschreitungen“
- 07.06.: Teilnahme der VDP-Landesvorsitzenden **Katrin Hochheiser** und von **Kristin Langhoff-Rosol** an Festveranstaltung zum 20jährigen Jubiläum der mehrfach preisgekrönten **Freien Grundschule Wernigerode**, die sich in der Trägerschaft der Oskar Kämmer Schule befindet



*Reno Scherbaum, Geschäftsführer der Oskar Kämmer Schule für Grundschulen, Horte und Kitas in Sachsen-Anhalt, führte als früherer Schulleiter der Freien Grundschule Wernigerode durch das Jubiläumsprogramm.
Foto: Oskar Kämmer Schule*



Auf der Festveranstaltung der Freien Grundschule Wernigerode führten die Schülerinnen und Schüler der Schule das viel bejubelte Musiktheater „Ach, mein Bach!“ auf. Foto: Oskar Kämmer Schule

- 10.06.: Schreiben an **Sven Mochmann** (BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen) mit Vorschlägen aus der Mitgliedschaft zu Optimierungen in den BA-Datenbanken KURSNET und mein.NOW
- 11.06.: Treffen mit **MdL Carsten Borchert** (bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion) und **Antonia Münster** (bildungspolitische Referentin der Fraktion): Gespräch über die Ausgestaltung der vorgesehenen Änderungen in der SchifT-VO sowie über mögliche künftige Neuregelungen zur Ersatzschulfinanzierung
- 11.06.: Teilnahme am **Ökumenischen Jahresempfang** der Kirchen in Sachsen-Anhalt, dabei u.a. Gespräch mit **Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff**
- 12.06.: Durchführung der **VDP-Fachtagung „Ersatzschulen“** in den Räumlichkeiten der **Bilingualen Grundschule „Altmark“** in Stendal – Hier referierten **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm** („Aktuelle schulpolitische Entwicklungen in Sachsen-Anhalt“), **VDP-Vorstandsmitglied Mike Keune** („Aktueller Stand Bildungsmanagementsystem Sachsen-Anhalt“) und **Katja Follner**, Leiterin Personalentwicklung von **Rahn Education**, zu dem Thema „Gewinnung und Halten von Lehrkräften am Beispiel der Rahn Schulen“. Außerdem hielt die Landtagsabgeordnete **Xenia Kühn (CDU)** ein Grußwort.



Kristin Langhoff-Rossol, juristische Fachreferentin des VDP Sachsen-Anhalt, ergänzte den zuvor von Jürgen Banse gehaltenen Tätigkeitsbericht um die aktuellen Entwicklungen im Bereich der berufsbildenden Schulen und der Pflegeausbildung.

- 13.06.: Teilnahme am Workshop des **Beirats der Wirtschafts- und Sozialpartner** zu einem möglichen Bürokratieabbau in Programmen der EU-Fonds **EFRE, JTF und ESF+** gemeinsam mit Vertretern der Finanzministerien Sachsen-Anhalts und Sachsens
- 14.06.: Abgabe von Stellungnahmen des VDP Sachsen-Anhalt gegenüber dem **Bildungsministerium** zu den sich in der Voranhörung befindlichen Entwürfen zur Verordnung über die Pflegeschulen sowie zu den Ergänzenden Bestimmungen zu dieser Verordnung durch **Kristin Langhoff-Rossol**
- 18.06.: Telefonat mit **BMAS-Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg** zum Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt vom 04.06. zur Honorarkräfteproblematik

Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm ging nach seinem Vortrag auch auf zahlreiche Fragen der Teilnehmenden ein, u.a. zur bevorstehenden Veröffentlichung der überarbeiteten SchifT-VO als Grundlage für die Ermittlung der noch ausstehenden Schülerkostensätze ab dem Schuljahr 2021/22 und die Erstellung der hierauf fußenden Finanzhilfebescheide.



- **18.06.:** Teilnahme am virtuellen Kongress der **Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen** zum Thema „Land der Chancen: Arbeits- und Fachkräftekongress“
- **20.06.:** Gespräch mit **MdL Stephen Gerhard Stehli** (CDU) über Vorlage des Entwurfs des 18. Schulgesetzänderungsgesetzes ohne Neuregelungen zur Finanzhilfe der Ersatzschulen
- **24.06.:** Abgabe einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt gegenüber dem **Bildungsministerium** zur geplanten Umsetzung des Startchancenprogramms in Sachsen-Anhalt ohne Berücksichtigung der freien Schulen
- **25.06.:** Fahrt der VDP-Landesvorsitzenden **Katrin Hochheiser** und des VDP-Landesgeschäftsführers **Jürgen Banse** nach Dresden: Austausch mit **Dagmar Mager**, der damals noch designierten und inzwischen gewählten neuen **Präsidentin des VDP-Dachverbandes**, über kurz- und mittelfristige Vorhaben und Ziele des VDP-Dachverbandes
- **27.06.:** Teilnahme an Videokonferenz mit Vertretern der **Bundesagentur für Arbeit** zu den künftig zusätzlich vorgesehenen ökologischen Vergabekriterien bei der Ausschreibung von Arbeitsmarktdienstleistungen



*Kennen und schätzen sich bereits aus ihrer Zusammenarbeit in der VDP-Fachgruppe „Berufsbildende Schulen“: **Dagmar Mager** (auf dem Foto links) und **Katrin Hochheiser***

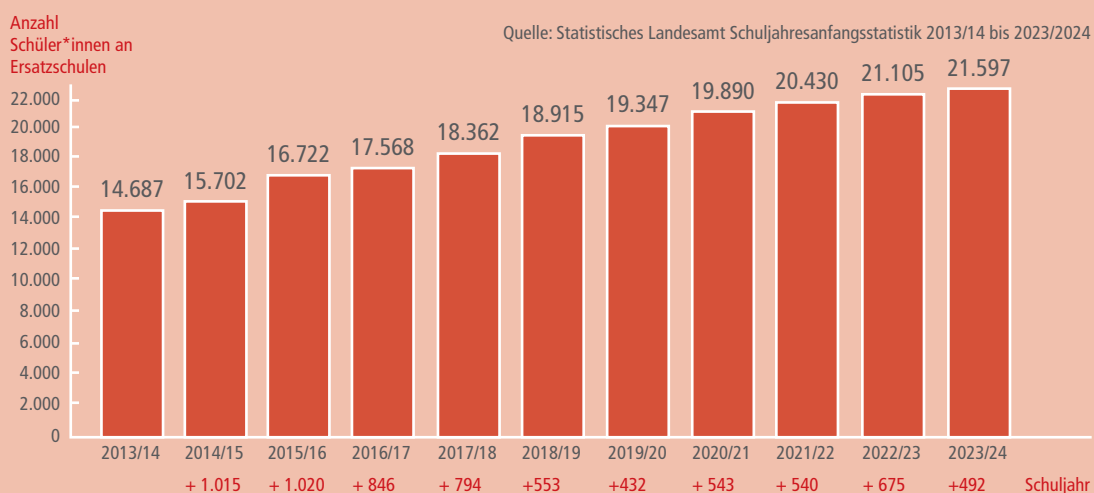
- **27.06.:** Auswertung der aktuell vom **Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt** veröffentlichten Schuljahresanfangsstatistik für die allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt (hier: Schuljahr 2023/24)

HINTERGRUNDINFORMATION:

Zwischen den Schuljahren 2018/19 und 2023/24 hat sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den freien allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt von 18.915 auf 21.597 (+ 14,2 Prozent) erhöht. Im Schuljahr 2023/24 gab es in Sachsen-Anhalt 112 allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft, das waren fünf mehr als im Schuljahr 2018/19. Die meisten Schülerinnen und Schüler

besuchten im Bereich der freien Schulen Gymnasien (6.372) und Grundschulen (6.249), prozentual am stärksten gewachsen innerhalb der vergangenen fünf Schuljahre ist allerdings die Schülerschaft an den freien Gemeinschaftsschulen (+ 32,2 Prozent), Waldorfschulen (+ 29,3 Prozent) und Sekundarschulen (+ 22,4 Prozent).

Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt in den letzten 10 Jahren

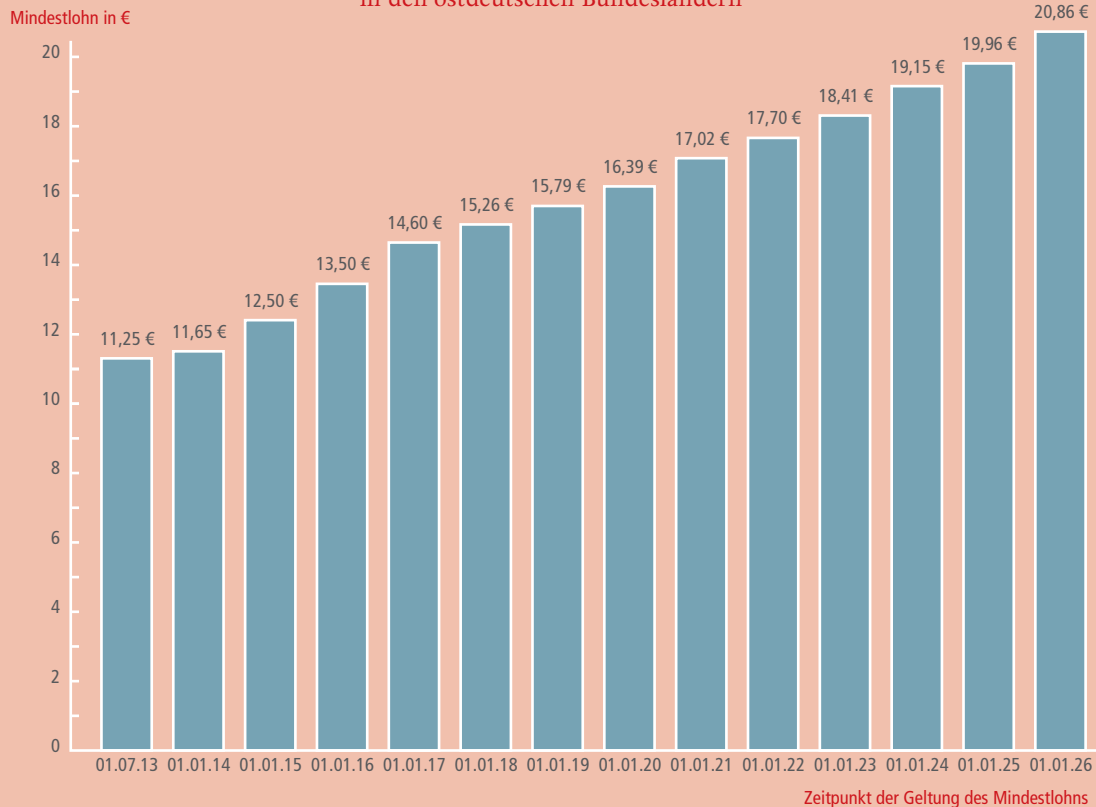


JULI 2024

- **01.07.:** Veröffentlichung der Pressemitteilung 02/2024 des VDP Sachsen-Anhalt unter der Überschrift „Einen Monat vor Beginn des Schuljahres 2024/25: Noch immer keine Klarheit bezüglich der Finanzierung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt“ – Am Tag nach der Versendung dieser Pressemitteilung wurde dem VDP Sachsen-Anhalt vom **Bildungsministerium** ein Entwurf der vorläufigen Schülerkostensätze für das Schuljahr 2024/25 zugesendet. Eine offizielle Veröffentlichung dieser Sätze im Schulverwaltungsblatt (wie in der SchifT-VO vorgesehen) erfolgte aber bis zur Erstellung dieser Broschüre (Mitte Februar 2025) nicht, ebenso fehlen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer die Veröffentlichungen der überarbeitenden endgültigen Schülerkostensätze für die Schuljahre 2021/22 und 2022/23 sowie die vorläufigen und endgültigen Schülerkostensätze für das Schuljahr 2023/24.
- **01.07.:** Information der Erwachsenenbildungseinrichtungen des VDP Sachsen-Anhalt über die neue Systematik der frisch veröffentlichten Bundesdurchschnittskostensätze (BDKS) der **Bundesagentur für Arbeit** u.a. für Weiterbildungsmaßnahmen – Diese Kostensätze gelten für den Zeitraum 01.07.24 bis 30.06.26. Die Forderung des VDP-Dachverbandes (und des VDP Sachsen-Anhalt), dass die BDKS aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten deutlichen Erhöhungen des Mindestlohns für die Weiterbildungsbranche um mindestens 8 Prozent steigen müssen, wurde seitens der Bundesagentur aufgegriffen.

HINTERGRUNDINFORMATION:

Entwicklung des für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlohns für die Weiterbildungsbranche in den ostdeutschen Bundesländern



- **08.07.:** Schreiben an **Bildungsministerin Eva Feußner**, **Bildungs-Staatssekretär Jürgen Böhm** sowie den **CDU-Fraktionsvorsitzenden Guido Heuer** zur nunmehr veröffentlichten überarbeiteten SchifT-VO – Dank für den erzielten Kompromiss bezüglich der in der Verordnung neu vorgenommenen Festsetzungen der sog. Stundenpauschalen, die für die Berechnung der Finanzhilfe relevant sind
- **09.07.:** Versendung der Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf des 18. Schulgesetzänderungsgesetzes an das **Bildungsministerium**; Kritisch beleuchtete der Verband in seinem Schriftsatz vor allem folgende Gesetzesvorhaben:
 - geplante Erweiterung der Aufgaben der staatlichen berufsbildenden Schulen und deren Ausbau zu regionalen Kompetenzzentren
 - Vorgabe der verpflichtenden Nutzung des Bildungsmanagementsystems Sachsen-Anhalt (BMS-LSA) unter Androhung eines Bußgeldes bei Nichtnutzung
 - geplante Änderungen bei Gemeinschaftsschulen (Kooperation nur noch mit beruflichen Gymnasien, Abschaffung des Abiturerwerbs an Gemeinschaftsschulen nach 12 Schuljahren)
 - Regelungen zur Klassenbildung
 - zusätzliche Leistungserhebungen in den Grundschulen
- **10.07.:** Besuch des **CJD Sachsen-Anhalt** in Sangerhausen
- **11.07.:** Teilnahme an Sitzung der vom **Bundesministerium für Arbeit und Soziales** eingerichteten Arbeitsgruppe 3 (arbeitsmarktpolitische Maßnahmen) zum Thema Honorarkräfte und Scheinselbständigkeit
- **15.07.:** Videokonferenz mit **Thomas Brammer** (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) und **Sven Mochmann** (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen der Bundesagentur für Arbeit) zu Verbesserungspotentialen bei den Weiterbildungs-Datenbanken KURSNET und mein.NOW
- **16.07.:** Treffen mit **Holger Wohlfeil**, dem Vorsitzenden der VDP-Fachgruppe „Arbeitsmarktdienstleistungen“ – Austausch über aktuelle Herausforderungen der Arbeitsmarktdienstleister

In die Sommerferien 2024 gingen die freien Schulträger noch ohne den angekündigten Gesetzesentwurf zu einer neuen Finanzhilfe-Berechnungssystematik.



In Sangerhausen traf sich Jürgen Banse mit CJD-Chef Andreas Demuth (auf dem Foto rechts) und Anja Trebeck, CJD-Verantwortliche für schulische Bildung.

MITGLIEDER IM VDP SACHSEN-ANHALT (Stand: 01.01.25)

- Adam-Olearius-Schule Aschersleben
- Akademie Überlingen
- BBA Berufsbildungsakademie "Altmark"
- BBI – Akademie für berufliche Bildung gGmbH
- BBI – Bildungs- und Beratungsinstitut GmbH
- BBZ – Berufsbildungszentrum Elbe GmbH
- Bechtle GmbH
(Fördermitglied, neu seit 01.01.2025)
- Bodelschwingh-Haus Wolmirstedt
- BTZ zu Thale und Aschersleben – Stiftung
- BVH Gesellschaft für angewandte Bildung und Sozialforschung mbH
- BZ Bildungszentrum Dessau gGmbH
- Campusware GmbH (Fördermitglied)
- Care Campus Harz gGmbH
- CareLend Bildungsgesellschaft mbH
(neu seit 01.03.2024)
- Celook GmbH Querfurt
- Christliche Akademie Halle gGmbH
- CJD Sachsen-Anhalt
- Cursus Axinia Schwätzer & Katrin Neef-Wedler GbR (neu seit 01.10.2024)
- Deutsches Erwachsenen-Bildungswerk (DEB) gGmbH
- Diakonieverein e.V.
Bitterfeld-Wolfen-Gräfenhainichen
- DIBICON - Digitale Bildungsträger Consulting UG
(Fördermitglied, neu seit 01.12.2024)
- EBG Europäisches Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft gGmbH
- ECOLE-Stiftung zur Förderung französisch-deutscher Bildung
- Eromesmarko (Fördermitglied)
- Erste Kreativitätsschule Sachsen-Anhalt e.V.
- Euro-Schulen-Organisation GmbH
- Evangelische Domgrundschule Magdeburg
- Evangelische Grundschule „Martin Luther“ Oppin
- Evangelische Landeskirche Anhalts
- Evangelisches Schulzentrum Wittenberg e.V.
- Evangelische Stiftung Neinstedt
- FIT-Ausbildungs-Akademie gGmbH
- Freie Evangelische Schule Weißenfels
- Freie Ganztagschule Altmark e.V.
- Freie Gesamtschule „Gustav Adolf“ Lützen
- Freie Grundschule auf dem Bauernhof Bindfelde
- Freie Grundschule Großalsleben „Maria Montessori“
- Freies Gymnasium Geiseltal Mücheln
- Freie Montessori-Grundschule Aschersleben e.V.
- Freie Montessori-Schule Schönebeck e.V.
- Freie Schule Altmark e.V. Depekolk
- Freie Schule Elbe-Havel-Land
- Freie Sekundarschule Bernburg
- Freie Um-Welt-Schule Angern
- Freie Waldorfschule Halle e.V.
- Freie Waldorfschule Magdeburg e.V.
- future Training & Consulting GmbH Halle
- Gemeinnütziges Paritätisches Bildungswerk Sachsen-Anhalt - PBW GmbH
- Gemeinschaftsschule Anhalt e.V.
- Gesamtschule im Gartenreich e.G. Oranienbaum
- GfM GmbH & Co KG
- IBB – Institut f- berufl. Bildung AG
- IBB – Institut f. berufl. Bildung Harz
- IbF Auto Akademie GmbH
- IBLM Leuna-Merseburg e.V.
- IBP – Institut f. Bildungsmanagement Dessau

- Initiative zur Förderung aktiver und freier Pädagogik e. V. Magdeburg
- Institut Braune gGmbH
- Internationaler Bund Mitte gGmbH
- Internatsschule Hadmersleben GmbH
- IWK Institut für Weiterbildung in der Kranken- & Altenpflege gGmbH
- Johanniter Bildung Mitteldeutschland gGmbH
- Katholisches Büro Sachsen-Anhalt (Fördermitglied, neu seit 01.03.2024)
- Klusstiftung zu Schneidlingen und Groß Börnecke
- Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V. (Fördermitglied)
- Landschulheim Grovesmühle
- Ludwig Fresenius Schulen gem. GmbH
- MAXX2IT GmbH (Fördermitglied)
- MMB gGmbH c/o Ev. Schulstiftung in Mitteldeutschland
- MBA Medizinische Berufs-Akademie GmbH
- Montessori-Gesellschaft Halle e.V.
- Montessori-Grundschule Naumburg
- Nestor Bildungsinstitut GmbH
- Niemann Consulting GmbH (Fördermitglied, neu seit 01.01.2025)
- Oskar Kämmer Schulen
- Privatschulen „Altmark“ gGmbH
- Privatschule Hans Klein gGmbH
- Privatschulen Stendal & Tangermünde
- Rahn Education
- Riesenklein gGmbH
- Saaleschule für (H)alle e.V.
- SECOMA Academy GmbH
- Semper Holding AG
- Sprachschule 2000 GmbH
- Stiftung Ev. Jugendhilfe St. Johannis Bernburg
- SWOP/SmartKomm GmbH (Fördermitglied)
- Teutloff Bildungszentrum GmbH Wernigerode
- TWBI Aus- und Weiterbildungs GmbH (Fördermitglied)
- Verein der Freien Waldorfschule Dessau-Roßlau e.V.
- Verein Evangelische Grundschule Magdeburg e.V.
- VfB Salzwedel e.V.
- WBS TRAINING AG
- Wenzel MH GmbH (Fördermitglied)
- Wolpert Schulungszentrum – inlingua Sprachschule
- Zukunftswerkstatt Mitteldeutschland GmbH

Werden auch Sie
(Förder)Mitglied des
VDP Sachsen-Anhalt e.V.
und profitieren Sie
von unseren
Leistungen!

VDP 



VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
SACHSEN-ANHALT e.V.

BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN
FREIER TRÄGERSCHAFT

Chancengleichheit durch Bildungsvielfalt

Impressum

Herausgeber:

Verband Deutscher Privatschulen
Sachsen-Anhalt e.V.
Otto-von-Guericke-Straße 86a
39104 Magdeburg
Tel. 0391 7319160
VDP.LSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de

Redaktion (VDP Sachsen-Anhalt):

Jürgen Banse, Jacqueline Voß

Bildnachweis:

Soweit keine besondere
Quellenangabe erfolgt, stammen alle
in der Broschüre verwendeten Fotos
vom VDP Sachsen-Anhalt e.V.

Gestaltung und Umsetzung:

Jacqueline Voß (VDP Sachsen-Anhalt)
Stefanie Frank
www.s-frank-design.de